# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

**Nr. 104. Mittag-Ausgabe.** Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 3. März 1879.**

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

### 13. Sitzung vom 1. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, v. Bülow, v. Stosch, Michaelis u. A.

Nach der Interpellation über die Pest, die wir in der Morgen-Ausgabe mittheilen werden, wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

Abg. Reichensperger (Crefeld): Obwohl ich mit den vorliegenden Steuerprojecten sympatisire, so muß ich doch sehr bedauern, daß der Abg. Lucius so sehr gegen die Erhöhung der Zucker- und Branntweinsteuer polemisirt. Bedenklicher noch ist es, daß der Abg. Richter noch nicht von seiner Abneigung gegen die indirecten Steuern abgelassen hat. Der Probirstein ihrer Abschaffung, nämlich die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, ist in der öffentlichen Meinung bereits gerichtet, und selbst der Abg. Löwe, mit dem ich im Kampfe über die Abschaffung derselben manche Lanze gebrochen habe, dürfte jetzt bekehrt sein. Freilich bin ich gegen neue indirecte Steuern, wenn neben denselben die directen unverändert bestehen bleiben. Aber daraus, daß die directen Steuern, wenn der Executor dahinter steht, auch prompt eingehen, kann man eine Prosperität dieses bedenklichen Instituts nicht folgern. Die Matricularbeiträge werden gewissermaßen als Schraube betrachtet, um die Centralisation im Reiche zu fördern. Man klagt über die Ungerechtigkeit ihrer Vertheilung, hat aber nie eine gerechtere Vertheilung versucht, obgleich eine solche wohl möglich ist. Man läßt sie bestehen, um sie als Sturmbock zu gebrauchen. Im Hintergrunde lauert der Unitarismus. Man sollte daher nicht so ohne Weiteres gegen die Matricularbeiträge Sturm laufen, denn sie bilden den Schutzwall des Föderalismus, auf dem die deutsche Reichsverfassung einmal gebaut ist. Das Reich auf eigene Füße zu stellen, das ist der Euphemismus, mit dem man die Beseitigung der Matricularbeiträge bezeichnet. Aber das Deutsche Reich ist von Natur vielfüßig und läßt sich nicht auf zwei Füße oder gar auf einen stellen. Die Tendenz der Sparsamkeit habe ich bis jetzt, außer bei meiner Partei, nirgend wahrgenommen. Dadurch aber, daß man die Belastung von einem Verbande auf den anderen wälzt, wird nichts erspart.

Auch in dem vorgelegtem Etat ist nicht auf Ersparungen Bedacht genommen, sondern wie bisher für Alles, was schön und nützlich scheint, Ausgaben verlangt. Der Abg. Lucius verlangt Abstrich bei der Marine; das Landheer aber läßt er unberührt. Gegenüber den großen Kosten der Armee haben wir uns gewöhnt alle andern Ausgaben für gefügig zu erachten, und es auf die Vermehrung um ein Paar Millionen nicht ankommen zu lassen. Um in der Armee wesentliche Ersparnisse herbeizuführen, sollte der Reichskanzler seinen großen Einfluß benutzen, um einen allgemeinen Abrüstungscongreß zu berufen. Oesterreich und Deutschland vereint könnten die große Militärlast der andern Staaten des Continents erleichtern, zu denen sie behufs Erhaltung ihrer Großmachtstellung genöthigt sind. Aber auch auf anderen Gebieten wird nicht gespart. Das preußische Unterrichtsgesetz ruht nur deshalb, weil man 30 Millionen zu seiner Ausführung braucht. Zunächst aber sollte der Reichstag, wenn er im Bauwesen sparen will, das Project eines neuen Reichstagsgebäudes auf dem Altare des Vaterlandes opfern. Seitdem wir den Beschluß zu einem solchen monumentalen Bau gefaßt, sind hier mit Aufwand von 2 Millionen Mark alle Bequemlichkeiten, die wir beanspruchen können, eingerichtet. Nur für die Kanzleibeamten, welche hier nur auf Durchgängen untergebracht sind, muß eine Besserung geschaffen werden. Da wir aber auch bei dem monumentalen Bau auch für Beamtenwohnungen sorgen müssen, so ist es besser von diesem 28 Millionen kostenden Project Abstand zu nehmen und das durch das Gewerbemuseum vacant gewordene Nachbargebäude für unsere Beamten zu verwenden. In einer glänzenden Finanzlage können wir ja das Project wieder aufnehmen. Endlich, um die Opferwilligkeit der Steuerzahler zu erhöhen, sollte der auf den Gemüthern von 7 bis 8 Millionen Deutschen lastende Druck des Culturkampfes aufgehoben werden.

Geh. Ober-Regierungs-Rath Huber: Angesichts der internationalen Vertragsverpflichtungen, welche wir übernommen haben, Exportprämien nicht zu bewilligen, bin ich genöthigt, auf einige Bemerkungen zurückzukommen, welche gestern der Abg. Richter in Betreff unserer Rübenzuckersteuer und Branntweinsteuer gemacht hat, um sie auf das richtige Maß zurückzuführen. Es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn Verbrauchssteuern vom Rohmaterial erhoben werden, dieselben innerhalb verschiedener Perioden variiren. Es ist bekannt, daß der Zuckergehalt der Rüben in den verschiedenen Gegenden Deutschlands verschieden ist, daß er noch verschiedener ist innerhalb der verschiedenen Jahrgänge, und daß er sogar innerhalb der verschiedenen Monate, in welchen die Rüben verarbeitet werden, verschieden ist. Eine Rübe, die im Februar verarbeitet wird, hat einen geringeren Zuckergehalt, als sie gehabt haben würde, wenn sie im October verarbeitet worden wäre. Um nun die thatsächlichen Verhältnisse zu zeigen, wie sich der Steuersatz zu der Exportbonification verhalten hat, will ich auf Grund statistischer Erhebungen aus den letzten Jahren einige Zahlen mittheilen. Dem gesetzlichen Steuersatz, der bei der Rückvergütung bezahlt wird, liegt die Annahme zu Grunde, daß 11¾ Ctr. Rüben zu 1 Ctr. Rübenzucker nothwendig sind. Sind weniger als 11¾ Ctr. nothwendig, so wird eine Exportprämie vorliegen, sind mehr nothwendig, so wird eine zu geringe Exportvergütung vorliegen. Im Betriebsjahr 1871/72 waren nun nothwendig 12,2 Ctr., also mehr als der Gesetzgeber angenommen hat; im Jahre 1872/73 12,1 Ctr., also wiederum mehr; im Jahre 1873/74 12 Ctr.; 1874/75 10,75 Ctr. Hier liegt der Fall vor, wo nach unserer in dieser Beziehung zuverlässigen Statistik die Exportvergütung etwas größer war als die Steuer; 1875/76 waren 11,62 Ctr., 1876/77 12,27 Ctr. nothwendig. Für 1877/78 ist eine ganz genaue Zahl noch nicht anzugeben, sie betrug aber jedenfalls über 11 Ctr. Wenn man hienach auch nur 2 bis 3 Jahre zusammennimmt, so kann von einer Exportprämie nicht die Rede sein. (Hört! hört!)

Das in einzelnen Jahren die Harmonie zwischen dem Steuersatz und der Exportvergütung etwas gestört wird, läßt sich nicht vermeiden, weil die Steuersätze nicht jedes Jahr anders regulirt werden können. — Was nun den Branntwein betrifft, so hat der Abg. Richter bemerkt: „Aehnlich ist die Branntweinsteuer im Verfall, weil die veränderte Technik bei der Hervorbringung von mehr Alkohol aus demselben Maischraum die auf dem Liter Branntwein ruhende Steuer herunterdückt. Meine Herren, das ist ganz richtig: würde der Steuersatz, wie er in dem Branntweinsteuergesetz normirt ist, rückvergütet, so würde allerdings eine sehr bedeutende Exportbonification vorliegen; denn dem jetzigen Branntweinsteuergesetz liegt die Annahme zu Grunde, daß aus der Maische 4,8 pCt. Alkohol gewonnen werden. Jeder, der einigermaßen mit der Branntweinbrennerei vertraut ist, weiß, daß dieser Satz weit überschritten wird in Folge der bedeutenden Fortschritte der Technik; allein der Rückvergütung ist niemals dieser Steuersatz zu Grunde gelegt worden, sondern die Annahme einer Alkoholausbeute von 8,2 pCt. So lange die Annahme einer Ausbeute von 4,8 pCt. richtig war, ist also kaum etwas mehr als die Hälfte der bezahlten Steuer bei der Ausfuhr rückvergütet worden. Jetzt gebe ich zu, daß in Folge der Fortschritte in der Technik allerdings die Ausbeute ca. 8 pCt. im Durchschnitt betragen wird, in einzeinen Jahren kann sie auch etwas mehr als 8 pCt. betragen. Da aber unserer Exportbonification der Satz einer durchschnittlichen Alkoholausbeute von 8,20 pCt. zu Grunde liegt und für den Exporteur noch Verluste für Verdunsten u. s. w. in Rechnung kommen, so ist entschieden zu behaupten, daß Deutschland eine Exportprämie auch für Branntwein nicht bewilligt.

Abg. Rickert: Der Vorredner will die für das Reichstagsgebäude bestimmten 28 Millionen auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Das ist sehr edel von ihm gedacht, entspricht aber nicht dem wirklichen Bedürfniß. Die Sache hängt zusammen mit der Frage der Baulichkeiten für das preußische Abgeordnetenhaus, die gegenwärtig geradezu polizeiwidrig sind, mit ihren überheizten Commissionszimmern, in denen ein Decennium hindurch zu arbeiten unmöglich ist, ohne ein kolossales Opfer an seiner Gesundheit zu bringen. Auch der Saal des Reichstags ist nicht so dauerhaft construirt, sondern sollte nach der Meinung der Techniker, wenn ich nicht irre, nur für ein Decennium ausreichen. Einstweilen mag es dem Vorredner genügen, daß die Zinsen des Fonds für das Reichstagsgebäude in den Etat eingestellt werden. Aber es ist hohe Zeit, daß wir zu einem Definitivum gelangen, und bei gutem Willen kann man sich sehr wohl darüber verständigen. Der Vorredner ist dann auf das Thema der Mahl- und Schlachtsteuer gekommen und hat den Abg. Löwe als bekehrt bezeichnet; ich bin noch Ketzer (Heiterkeit), und freue mich über nichts mehr, als über die Aufhebung dieser Steuer. Darin wird mich auch nicht die öffentliche Meinung irre machen, die ja augenblicklich mit Herrn Reichensperger für Getreidezölle ist. Wenn man sagt, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer habe keinen Einfluß auf die Brot- und Fleischpreise gehabt, so schlägt man den Thatsachen ins Gesicht. Hat Herr Reichensperger das Brot täglich gewogen? Es giebt allerdings solche Wundermänner, die da sehen wollen, wie das Brot größer oder kleiner wird je nach den Getreidepreisen; ich glaube an diese Wundermänner nicht. Der berühmte Nationalökonom Laspeyres hat nachgewiesen, daß in Posen und Breslau, wo die Schlachtsteuer noch besteht, das Fleisch fast genau um die Steuer theurer ist, als in Städten, welche sonst mit Breslau und Posen gleiche Preise hatten.

Der vorliegende Etat ist im Ganzen sehr monoton, fast langweilig, mit Ausnahme des Extraordinariums; diese Langweiligkeit ist meines Erachtens ein Compliment für die Kriegsverwaltung; hoffentlich wird auch der nächste Etat so monoton sein und besonders die Rubrik „Mehr" ganz leer bleiben. Einen Abrüstungs-Congreß würde ich mit Freuden begrüßen; der Reichskanzler mag beurtheilen, ob der gegenwärtige Moment dafür geeignet ist; ich glaube, er wird wenig zustimmende Antworten erhalten. Unserer Militärverwaltung müssen wir zum Ruhme nachsagen, daß sie die Sicherheit des Vaterlandes mit verhältnißmäßig so geringen Summen gewährleistet, wie in keinem civilisirten Staate. England wendet für Heer und Flotte 545, Frankreich 720, Rußland 613 und Deutschland nur 354 Millionen Mark auf. Beim Militäretat wird es sich im Wesentlichen darum handeln, ob bei der Naturalverpflegung eine größere Summe abzusetzen ist mit Rücksicht auf die niedrigen Preise. In Bezug auf den Marineetat stimme ich ziemlich mit dem Abg. Lucius überein; wir dürfen den Chef der Admiralität nicht in den Dispositionen beengen, die er für die Entwickelung der Flotte für nothwendig hält; aber der Chef der Admiralität mag es uns verzeihen, wenn die Volksvertreter den finanziellen Standpunkt betonen. Beim Ordinarium der Marineverwaltung läßt sich ohne Schädigung ein Abstrich von ein paar Millionen machen. Beim Capitel „Indienststellung und Naturalverpflegung" sind 500,000 M. mehr angesetzt, als die wirklichen Bestände betragen; das wäre eine halbe Million. Im Werftbetriebe können 900,000 Mark für Ersatzbauten für ein großes Panzerschiff entbehrt werden, das wären im Umsehen ca. 1½ Millionen Mark. Wir müssen ferner die Schiffe langsamer bauen, denn der Zuwachs des Militärpersonals kann dem Zuwachs an Schiffen nicht folgen. Unsere Flotte hat jetzt beinahe den Bestand, welcher im Flottengründungsplan für 1882 in Aussicht genommen ist. Die projectirte Vermehrung der Compagnien des Seebataillons um je 20 Mann halte ich nicht für nothwendig. Bei dem Etat der Post- und Telegraphenverwaltung lassen sich wohl nur im Extraordinarium Ersparnisse machen; aber wir können auch hier ein langsameres Tempo einschlagen, denn wir haben jetzt schon auf 62 Köpfen ein Postbureau, Frankreich erst auf 102 Köpfen.

Die Eisenbahnen sind diesmal eine unangenehme Partie des Etats. Die Eisenbahnverwaltung hat den Verhältnissen entsprechend viel geleistet und der Zuschuß für die Luxemburger ist geringer geworden. Aber die Betriebsausgaben der elsässischen Bahnen betragen bei 415 Kilometer zweigeleisiger Bahnen 51 Procent der Brutto-Einnahmen, bei den mittleren 191 Kilometer 95 Procent, bei den 207 Kilometer Seiten-Bahnen secundären Charakters die ganze Brutto-Einnahme und darüber Da liegt doch wohl der Anspruch nahe, daß der Betrieb von Secundärbahnen in Gegenden ohne Verkehr sparsam nach dem localen Bedürfniß geleitet und nicht auf Staatskosten ein kostspieliger durchgehender Verkehr betrieben werde. Auch ich war vor der gestrigen Discussion der Meinung, daß der Invalidenfonds für unsern Etat ausgiebig benutzt werden könnte. Der Director Michaelis hat ausgeführt, daß 4⅓ Millionen Mark Capitalzuschuß erspart worden sind; das ist nicht zu verachten. Es ist gesetzlich festgestellt, daß bis 1880 sämmtliche Eisenbahnprioritäten verkauft werden müssen; wir werden daran nichts verloren, im Gegentheil noch gewonnen haben. Aber die Operation würde den Zinsertrag von 4½ auf 4 Procent ermäßigen, was eine Zinseinbuße von 520,000 Mark repräsentiren würde. Wird es nothwendig sein, diese Gesetzesbestimmung aufrecht zu erhalten? Die Regierung wird ein Interesse daran haben, die Zinsbeträge zu erhöhen und wir können diese Summe für andere gute Dinge verwenden, es finden sich im Etat noch manche Posten, die dem Invalidenfonds überwiesen werden können. Ich glaube mit dem Abgeordneten Richter (Hagen), daß wir den Mehrbetrag der Matricularbeiträge gegen das Vorjahr (14,000,000) wohl ganz werden beseitigen können. Der Abg. v. Minnigerode stellt unsere Finanzlage allzu dürftig dar und schmäht unsere Finanzwirthschaft mit Unrecht. Wir haben so viel Reserven und eine so gesunde Finanzpolitik, wie kein anderes Land.

Wir Liberalen sind nicht Kleinkrämer in der Finanzpolitik gewesen, aber wir wollen Finanzoperationen im großen Stile nur bei großen Finanz-Reformen. Wir haben auch gleich nach Entstehen des Norddeutschen Bundes darauf hingedrängt, die Einnahmen des Bundes zu vermehren. Die Freiconservativen und die Reichspartei unterstützten, die politischen Vorgänger v. Minnigerode's aber bekämpften diesen Gedanken und wir blieben in der Minorität. Von den constitutionellen Garantien gegen eine Ueberbürdung Preußens durch die Vermehrung der Bundeseinnahmen hat Herr v. Minnigerode nicht gesprochen. Sie waren der einzige Weg, auf dem man das Land in den sichern Besitz der Steuerreform setzen konnte. Wir verlangten sie seit 1869 in jeder Etatsberathung. Aber die conservative Partei wollte absolut Nichts von constitutionellen Garantien wissen. Der Abg. Wagner (Stettin) erklärte bei der Berathung über die norddeutsche Bundesverfassung, das Herz und der Magen, d. h. die religiöse und die sociale Frage sei dem deutschen Volke wichtiger, als die Aufnahme der Menschen und Grundrechte aus den belgischen und französischen Verfassungen. Das war die Antwort, die man auf Bennigsen's und Twesten's Anträge gab. (Abg. v. Minnigerode: Sehr richtig!) Da sehen Sie, daß Herr v. Minnigerode nicht nur unsere Finanznoth erleichtern, sondern gelegentlich auch einen wichtigen Paragrahen der Verfassung durch Beseitigung der Garantien beseitigen will. Das deutsche Volk aber sieht in diesen Rechten die Bürgschaft für seine gedeihliche Entwickelung, und man sollte es in seinen Ansichten nicht zu verwirren suchen. Die verbündeten Regierungen haben die Matricularbeiträge unter der ausdrücklichen Voraussetzung aufgenommen, daß das, was später an die Stelle treten soll, die constitutionellen Garantien enthalten soll, und bei Berathung der Bundesverfassung 1867 erklärte der Abg. Miquel, daß wir für eine Reichssteuer erst die constitutionellen Garantien schaffen müßten.

Wenn Sie nicht dieses constitutionelle Recht beseitigen wollen, so können wir uns über die finanzielle Seite der Steuerreform einigen. Ob dies auch auf wirthschaftlichem Gebiete möglich ist, muß ich bezweifeln. Im Jahre 1873 wollte Herr v. Minnigerode in Uebereinstimmung mit Miquel die Matricularbeiträge beseitigen und zwar durch eine directe Reichssteuer; im nächsten Jahre wollte er eine directe Reichseinkommenstouer. Diese Ansicht hat er heute nicht mehr. Die Herren thun jetzt ihr Möglichstes, und zu meinem Bedauern thut dies heut auch der Abg. Reichensperger, um den Werth der directen Steuern herabzusetzen. In der nächsten Session 1874 kam Herr v. Minnigerode wieder mit einer Einkommensteuer, empfahl die Tabak- und Börsensteuer und nebenbei als Gegenleistung auf constitutionellem Gebiete eine dreijährige Etatsperiode. Sie wollen also den bestehenden Artikel der Verfassung beseitigen, wir wollen ihn aufrecht erhalten. Durch die Finanzpolitik von 1875 soll die ganze Finanzbewegung in eine schlechte Situation gekommen sein. Damals wollte die Regierung die Matricularbeiträge um 25 Millionen Mark erhöhen, und der Abg. v. Minnigerode war dafür. Hätte die Budgetcommission nicht nachgewiesen, daß es nicht nöthig war, so hätten wir das heutige Deficit schon einige Jahre früher bekommen. Wir haben uns mit Recht durch die unangenehme Zeit so durchlavirt; wir verlangen auch jetzt noch die Steuerreform, nur darf man sie nicht aus der augenblicklichen Finanznoth herleiten. Wir freuen uns daher über die erfolgte Trennung der Etatsberathung von der Steuerreform. Nur unserer Finanzpolitik ist es also zu danken, daß die einzelnen Staaten nicht schon längst mit ihrem Haushalt in Verwirrung gerathen sind. (Abg. v. Minnigerode: 101 Millionen Mark Matricularbeiträge.) Wie viel es also gewesen wäre, wenn wir die 25 Millionen dazu bewilligt hätten, ist ein einfaches Additionsexempel.

Auch die Ueberweisung von directen Steuern an Communalverbände ist nicht Herrn von Minnigerode's Gedanke. Der Abg. von Benda hat schon in den 60er Jahren in einer Broschüre empfohlen, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände zu überweisen. Im Jahre 1873 beantragte ich in der Budgetcommission mit Ueberweisung der Gebäudesteuer an die Kreise anzufangen und einen Theil der Grundsteuer nachfolgen zu lassen. Meine Anträge wurden leider abgelehnt und es wurde nur eine Resolution angenommen, welche die Regierung aufforderte, auf Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände Bedacht zu nehmen. Herr von Minnigerode brauchte uns also nicht diesen populären Gedanken zu empfehlen. — Ich bedauere, daß der Abg. Richter noch ehe die Vorlagen über die Steuerreform an uns gelangt sind, sich bezüglich des Tabaks so ablehnend und nicht lieber so reservirt wie v. Benda verhalten hat. Die Reserve des Herrn von Minnigerode war allerdings eine unbedingte, während von Benda uns eine sachliche Prüfung zusagte. Es war aber nicht gut, daß Richter auf dem Gebiete des Zuckers und des Branntweins dem Steuerbouquet noch einige Blumen hinzufügte. Ich hätte das auch thun können; z. B. die Eisenbahnbilletssteuer ist schon lange für mich ein Ideal, aber Steuervorlagen zu machen, ist Sache der Bundesregierungen. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Die hat einen festen Finanzplan vorzulegen; wir haben nur das Recht der Kritik. Wenn der Abg. von Minnigerode bei uns einen festen Finanzplan vermißt, so habe ich ihn bei ihm auch nicht gefunden. Es ist auch nicht Sache der Landesvertretung, einen solchen Plan zu haben. Der Abg. Lucius hat eine so ruhige und objective Auffassung der Steuerreform kundgegeben, daß der Boden für eine Verständigung sehr geebnet scheint, falls er im Namen seiner Partei gesprochen hat. Ich beklage es tief, daß die Steuerreform von 1807—20, der Stolz Preußens, jetzt so wenig Anerkennung mehr findet. Gerade Frankreich und England, die uns immer als Vorbilder angeführt werden, beneiden Preußen darum, daß es damals eine solche Steuerverfassung hat zu Wege bringen können. Für mich ist sie trotz ihrer Fehler die respectabelste Steuerverfassung von allen Ländern der Welt. (Hört! Hört!)

Rußland ist jetzt dabei, eine Klassensteuer einzuführen auf Grundlage unserer Klassensteuergesetzgebung in Preußen. Wir haben vor 1806 in Preußen ⅔ unserer Steuern auf indirectem Wege erhoben. Da kam der große politische und materielle Krach in den unglücklichen Jahren im Anfang dieses Jahrhunderts und die indirecten Steuern versagten. (Sehr richtig! links.) In der Stunde der Gefahr und der Noth ist der Keim zu jener Steuerverfassung gelegt, die Preußen noch hat, und derselbe Geist, der aus den Armeegesetzen von Scharnhorst und Kleist weht, weht aus dem Klassensteuergesetz, welches wir damals geschaffen haben. Es wäre ein verhängnißvoller Fehler, wenn wir jene Früchte jetzt mit einem Schlage vernichten wollten. Ich sage, wir sind bereit, auf dem Wege der indirecten Steuern Hilfe zu schaffen, aber tasten Sie nicht zu sehr an das feste Gebäude unserer directen Besteuerung in Preußen! Ist aber nicht nach der Richtung hin, wie Sie sie wollen, schon eine Entwicklung erfolgt? Wir bezahlen heute in Preußen weniger an directen Staatssteuern als im Jahre 1820. Wir haben 1820, also nachdem diese Reform durchgesetzt war, an indirecten Steuern 6,4 M. und an directen Steuern 5 M. pro Kopf der Bevölkerung bezahlt und erheben jetzt an indirecten Steuern 8,20 per Kopf und 5,5 M. an directen Steuern. Die indirecten Steuern sind also von 6,4 M. auf 8,20 M. gestiegen und die directen sind absolut gleich geblieben. Angesichts dieser Thatsache ist es doch richtig, daß wir heute sehr viel weniger an directen Staatssteuern bezahlen als damals. Der Geldwerth ist schon ein vollkommen anderer. Wir geben ferner vom Staatshaushaltsetat 37 Millionen an die Communalverbände — wohl auch aus dem Steuerfonds. Wenn man das noch abzieht, so kommt man absolut unter die Ziffern von 1820. Also die Behauptung, daß die directen Staatssteuern eine unerträgliche Höhe erreicht haben, ist durchaus falsch, was in die Höhe gegangen ist, das sind die Communalsteuern. (Lachen rechts.) Frankreich, welches uns immer als das Ideal unserer zukünftigen Wirthschaftspolitik angeführt wird, erhebt an directen Steuern das Doppelte wie Preußen, nämlich 10 M. pro Kopf. Allerdings erhebt es 43 M. an indirecten Steuern pro Kopf. (Hört! Hört! rechts.) Aber das französische Budget für 1878 hat auch eine Ausgabe von 2781 Mill. Frcs., und davon werden 1188 Millionen blos für die Tilgung und Verzinsung der Staatsschulden gegeben, während wir eine kaum nennenswerthe Staatsschuld haben.

Wir haben einen Immobilienstempel von 1 Procent, über den die Grundbesitzer klagen, und mit Recht, in Frankreich zahlt man dagegen 5 Procent. Auch England hat viele indirecte Steuern, es kommen dort 35 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, aber England muß auch zur Verzinsung und Tilgung seiner Schuld 600 Millionen Mark jährlich ausgeben. So sehr wir geneigt sind, die indirecten Steuern auf gewissen Gebieten zu vermehren, so wäre es doch der verhängnißvollste Fehler, die Zukunft und Finanzgebahrung des Deutschen Reiches lediglich auf indirecte Steuern zu gründen, noch verhängnißvoller aber, wenn man die ganze Finanzgebahrung der einzelnen Staaten und noch mehr der Communen daran knüpfte. Man würde dann in guten Zeiten Ueberschüsse haben, sie auf die einzelnen Staaten und Communen vertheilen, Wohlfahrtsinteressen verfolgen, daß es eine wahre Freude wäre und das regelmäßige Budget anschwellen lassen. In den Zeiten der Noth aber wird man doch wieder auf die directe, einzig zuverlässige Steuer zurückgreifen, in einer Zeit, wo die Bevölkerung dann nicht im Stande ist, den Forderungen gemäß zu steuern. Auch in dieser Beziehung ist unsere Aufgabe: Geduld und Maßhalten! Ich hoffe, daß wir die gestern vom Abg. Lucius angedeutete Verständigung finden werden. Die nächste Zeit stellt allerdings strenge und schwere Forderungen an unseren Patriotismus, aber wir erwarten von Ihnen (nach rechts), daß Sie auch sich Selbstverleugnung auferlegen und nicht diejenigen Rechte antasten werden, die unsere Verfaßung uns garantirt, jene glorreiche, uns wirklich zum Wohl und Gedeihen gereichende Steuerverfassung, welche in schweren Zeiten der Noth von einem erleuchteten Könige und einem erleuchteten Staatsmanne in Preußen geschaffen worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Kardorff: Der Vorredner hat gegen früher eine wesentlich entgegenkommende Haltung namentlich in Bezug auf die Matricularbeiträge eingenommen. Er hat seinen früheren Standpunkt in so fern verlassen, als er für eine Modification derselben durch indirecte Steuern eingetreten ist. Obwohl ich die Nothwendigkeit einer Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien anerkenne, so kann ich doch die Richtigkeit der Schilderung nicht zugestehen, welche der Vorredner von dem preußischen directen Steuersystem gegeben hat. Hat er denn auch einmal eine Rechnung darüber aufgestellt, wie viel diese directen Steuern incl. der directen Communalsteuern betragen? Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, die directen Staatssteuern für die Communen nutzbar zu machen, ohne uns zu präjudiciren, daß wir darauf zurückgreifen können in den Zeiten der Noth. Wenn das im Jahre 1820 möglich war, dann wird das stets der Fall sein können. Es giebt jetzt nur ein einziges Culturland, das im Verhältniß zu seinen indirecten Steuern gleichviel directe Steuern bezahlt wie Preußen. Ich muß dem Vorredner gegenüber auch darauf hinweisen, daß man durch übertriebene Sparsamkeit wirthschaftliche Mißstände herbeiführen kann. In Bezug auf die Mahl- und Schlachtsteuer stehe ich mit dem Vorredner auf demselben Standpunkt und ich hoffe, daß wir niemals wieder eine derartige Verkehrserschwerung einführen werden, die wir zum Glück der Nation beseitigt haben. Ich muß aber zugestehen, daß die arbeitende Bevölkerung von dieser Aufhebung wenig Vortheil gehabt hat, und wenn dieselbe diese Steuer ohne Druck ertragen hat, dann wird das gewiß der Fall sein, wenn die Last durch Getreidezölle an die Grenze gelegt wird. Die deutsche Nation hat bei den letzten Wahlen gezeigt, daß sie die Ansicht des Abg. Richter über Beibehaltung der Matricularbeiträge nicht theilt, sondern daß sie eine Beseitigung derselben unter den constitutionellen Garantien will, wie sie jetzt im preußischen Abgeordnetenhause vereinbart sind.

Der Abg. Richter sagt, es sei unmöglich, daß das Volk so hohe indirecte Steuerrn aufbringen könne, wenn es erst durch Schutzzölle arm gemacht

sei. Es ist doch eine starke Fiction, wenn er glaubt, daß der 14jährige Freihandel bei uns normale Zustände geschaffen habe. Allerdings ist der Freihandel nicht unmittelbar und allein Schuld an unserem wirthschaftlichen Nothstande, aber die Unrichtigkeit der eben angeführten Behauptung des Abgeordneten Richter wird aus folgender Erwägung klar. Frankreich lebte nach dem Kriege gewiß in finanziellen Bedrängnissen und dabei hatte es ein Schutzzollsystem, das fast an Probibitivsystem grenzt. Wenn also dieses System zu einer Verarmung des Volkes führte, dann würde Frankreich seine indirecten Steuern nicht haben zu der Höhe bringen können, welche der Abg. Rickert angegeben hat. Meine amerikanischen Freunde versehen mich mit der gesammten einschlägigen Literatur über die dortige Krisis. Dieselbe resultirt allerdings aus denselben Ursachen wie bei uns, aus der zu schnellen Entwickelung des Eisenbahnwesens und der Ueberspeculation. Aber Amerika litt nach dem Secessionskriege unter einer kolossalen Kriegsschuld, die Productionsverhältnisse der Hälfte des Landes waren durch die Abschaffung der Sklaverei auf den Kopf gestellt, und hauptsächlich ist an der dortigen Krisis die Währungskrisis Schuld, der unvermittelte Uebergang zur Goldwährung, der Amerika sogar genöthigt hat, um seine Baarzahlungen rechtzeitig aufnehmen zu können, theilweise zur Silberwährung zurückzukehren. Daran war nicht Schuld, wie der Abg. Bamberger meinte, der Einfluß der Silberminenbesitzer auf den amerikanischen Senat. Ich prophezeie, daß heut über ein Jahr die amerikanische Krisis beseitigt sein wird, die unsere aber nicht, wenn wir nicht unsere Zoll- und Handelspolitik ändern.

Der Abg. Richter meinte, daß 70 Millionen Zölle einer Mehrbelastung von 700 Millionen entsprechen würde. Das ist falsch! Die Nationalökonomie ist keine exacte Wissenschaft wie die Mathematik und diese Art von Berechnung ist nach keinem System richtig. Wird bei einem Getreidezoll von 25 bis 50 Pf. sofort das gesammte Getreide um diesen Betrag erhöht? Nein. Neun Zehntel des gesammten Getreideverbrauchs wird in seiner Productionsweise nicht alterirt, nur ein Zehntel wird vertheuert. Das kann doch auf den Gesammtpreis keinen Einfluß ausüben. Die Vertheuerung der Rohproducte steht nicht entfernt im Verhältniß zur Auflage Nun sagt der Abg. Richter, wenn die Producte durch die Steuern nicht vertheuert werden, was nützen dann die Steuern dem Lande? Erstens dienen die Einkünfte aus dem Getreidezoll zur Entlastung der directen Steuern, zweitens giebt er namentlich den kleinen Landwirthen an den östlichen Grenzen einen Vorsprung auf dem inneren Markt, so daß sie durch die Concurrenz des ausländischen Getreides nicht gezwungen werden können 1½ bis 2 Mark unter der Notirung zu verkaufen, drittens ist der Getreidezoll eine wirksame Waffe gegen die Differentialzölle und endlich ist er, wie die Auslassungen der russischen und österreichischen Presse über diesen Gegenstand beweisen, ein gutes Kampfmittel beim Abschluß von Handelsverträgen. Diese Frage ist auch noch nicht wissenschaftlich abgeschlossen, wie Sie immer behaupten. Ich erinnere Sie an die entgegengesetzte neuere Literatur in England. Sie führt den Satz aus, wenn die Landwirthschaft durch Steuern im Verhältuiß zu andern Ländern gedrückt ist, dann hat sie Anspruch auf den Schutz ihrer Production. Leo hat den Satz aufgestellt, die Nationen, welche nicht mehr ihr eigenes Getreide und Eisen produciren, gehen direct dem Untergang entgegen. Roscher sagt, daß ein ausreichender Getreidebau für die politische Sicherheit eines Landes erforderlich sei.

Die Anführung von Ziffern in wirthschaftlichen Fragen ist für jene Seite gefährlich, denn damit erkennen Sie auch die ungünstigen Zahlen unserer Handelsunterbilanz während unserer Freihandelsperiode an. Wenn auch eine solche nicht an und für sich gefährlich ist, so führt sie doch in Permanenz zu wirthschaftlichen Zuständen, wie sie augenblicklich bei uns herrschen, und die Erfolge einer dauernden Handelsbilanz sehen Sie an Frankreich. Auf die politischen Ausführungen des Abgeordneten Richter gehe ich nicht ein. Der Reichskanzler hat hinlänglich und oft bewiesen, und namentlich auch durch die letzten Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause, daß die parlamentarische Freiheit erhalten und nicht die Grundlagen seiner Schöpfung seit 1866 zerstören will. Ich weiß auch nicht, ob der Abg. Richter als Reichskanzler seine Collegen besser behandeln wird, als der deshalb von ihm getadelte Fürst Bismarck. Dem Geh. Rath Huber bin ich dankbar für den Nachweis, daß es sich bei unserer Zucker- und Branntweinsteuer in keiner Weise um Exportprämien handelt. Wir stehen vor einer ereignißvollen Zeit: die wirthschaftliche Reform ist noch von größerer Bedeutung als die finanzielle, weil sie die Wohlfahrt und Einigkeit des Landes zu stärken bestimmt ist. Nach den Ausführungen der Abgg. v. Benda und Rickert werden wir Einigungspunkte finden, um dem jetzigen Zustande der Matricularbeträge ein Ende zu machen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Bamberger**: Der Vorredner hat sich daranf berufen, Deutschland sei in den sogenanuten Nothstand in Folge des Systems des Freihandels gekommen. Er hat hierbei etwas als zugestanden angenommen, was entschieden bestritten wird. Seit wann ist denn Deutschland ein Land mit Freihandelspolitik? Meines Wissens haben wir einen sehr wohlbesetzten Tarif, an dem in den letzten 15 Jahren außerordentlich wenig geändert ist. Der Ausgangspunkt unsers heutigen Streites ist ja formulirt worden. Ich will mich nicht auf die Stelle berufen, an der er formulirt worden ist, denn wenn wir auch vollkommen berechtigt wären, eine Thronrede zu discutiren, so glaube ich doch, daß es den Gefühlen des Hauses besser entspricht, davon abzusehen, und ich darf dies um so eher, als die dort ausgesprochene Ansicht auch die Fundamentalansicht des Reichskanzlers ist. Ich werde also nur von der letzteren sprechen. Dieselbe geht davon aus, daß wir Unrecht gethan hätten, seit 1865 ändernd in unsern Tarif einzugreifen. Ich wünschte, daß der Reichskanzler, bevor er diesen Ausspruch that, einen Blick in den Tarif geworfen und dessen Sätze mit dem Preise, den die zu verzollenden Waaren damals hatten und heute haben, verglichen hätte. Vielleicht hätte er sein Urtheil modificirt. Der Roheisenzoll betrug 1865 10 Sgr., das ist nach damaligem Werthe 26 pCt., nach dem heutigen 33 pCt. Die Eisenbahnschienen bezahlten 1½ Thlr., das repräsentirte damals schon einen Zoll von 42 pCt. des Werthes. Geschmiedetes Eisen trug 50 pCt., façonnirtes Eisen 42 pCt., Eisen-, Stahl- und Weißblech 40 pCt., roh geschmiedete Waaren 60 pCt., feine Eisen- und Stahlwaaren 40 pCt. Zoll. Diese Zahlen sind dem bekannten Werke von Bienengräber entnommen. Kann hiernach noch Jemand behaupten, daß das Deutsche Reich bei jenen exorbitanten Zöllen beharren sollte, insbesondere nach den gegenwärtigen Preisminderungen? Ueberdies wird Niemand im Ernst behaupten können, daß wir allein uns damals von jener Politik der Handelsverträge hätten ausschließen sollen, die von 1862 bis zum Ende der 60er Jahre ganz Europa zu einem gemeinsamen Austauschbund machte.

Der Abg. v. Kardorff ist so gütig, zuzugestehen, daß der Nothstand nicht allein der Freihandelspolitik zuzuschreiben sei. Von Amerika sprechend, hat er bemerkt, daß dort andere Gründe maßgebend gewesen sind, als bei uns. Seine Auseinandersetzung über Silber-, Gold- und Papierwährung mit Bezug auf die Krisis habe ich nicht verstanden, da meines Wissens die Silberwährung in Amerika noch nicht eingeführt ist, vielmehr faktisch die Goldwährung besteht. Gesetzlich ist dort 1873 beschlossen worden, am 1sten Januar 1879 die Metallzahlung wieder aufzunehmen, ohne jede nähere Bestimmung, ob Gold oder Silber. Niemand bezweifelte damals daß die Wiederaufnahme der Baarzahlung nur die Zahlung in Gold bedeute. Erst in späterer Zeit kam eine Bewegung zu Gunsten der Silberwährung, aber trotz des officiell documentirten Einflusses, den die Besitzer der Silberminen in Form der Bankbill ausübten und trotz der vielfältigsten sonstigen Anstrengungen hat sich Amerika nicht zur Silberwährung entschließen können, sondern nur eine sehr limitirte Silberausprägung gegenüber einer unlimitirten Goldausprägung eingeführt und diese erstere ist nicht einmal praktisch Thatsache geworden, denn seit dem 1. Januar d. J. ist durch die freie Selbstbestimmung der Amerikaner sogar eine Emancipation von dem Reste der Silberwährung eingetreten, der in der Gesetzgebung noch lag, denn sämmtliche maßgebende Banken trafen ein Uebereinkommen, demgemäß überhaupt kein Silberdepot mehr Noten annahm, die Silberwährung faktisch eliminirte und zur reinen Goldzahlung überging. Augenblicklich existirt in Amerika nur die praktische Goldwährung. (Hört! Hört!) Also von der Silberwährung ist in Amerika ebensowenig die Rede wie bei uns vom Freihandel. In der ganzen Welt herrscht dieselbe Krisis in verschiedenen Abstufungen, über die wir uns beklagen. Im gelobten Frankreich, das für mich das Ideal eines schutzzöllnerischen Landes ist, ist im November 1877 eine Enquetecommission niedergesetzt worden mit der ausdrücklichen Aufgabe, zu untersuchen, woher der Nothstand des Landes komme und ob ihm im Wege der Tarifgesetzgebung abzuhelfen sei. Dieses Argument ist von den Gesinnungsgenossen des Herrn v. Kardorff in Frankreich ausgegangen, — und er wird es deshalb wohl gelten lassen, — die sagten, Frankreich sei noch nicht genug durch Zölle geschützt und es solle durch die Commission blos untersucht werden, inwiefern durch höhere Zölle geholfen werden könne.

Von Schweden und Norwegen ist bekannt. daß dort eine Krisis geherrscht hat, welche das Land in unendlich mehr verheerender Weise herabgebracht hat, als bei uns davon die Rede sein kann. (Lachen rechts.) Von der Schweiz ist es nicht minder bekannt, daß der Ruin viel stärker eingegriffen hat, als bei uns. Von England braucht man nicht zu reden. Wo ist ein Land, welches nicht auf diese Weise berührt worden ist? Nun denken die Herren aber gar nicht mehr daran, daß Krisen doch wahrlich nichts Neues mehr in der Welt sind. Nach Herrn v. Kardorff existirt ja praktisch eigentlich nur in gewissen Theilen der Welt erst seit 1845—46 der Freihandel, seitdem in England die Bewegung gegen die Korngesetze stattfand. Bis in die Zeiten der Medicäer geben die Krisen zurück, als Italien der Sitz eines großen Bank- und Handels-Emporiums war. Sie erstreckte sich damals bis nach England und den Niederlanden. Sind jetzt darin alle Länder solidarisch, so müssen wir diese Nachtheile der Civilisation mit in den Kauf nehmen. Seit 1720, der Law'schen Epoche in Frankreich, eines Mannes, der nach Analogie mancher Leute, die wir jetzt kennen, auch behauptete, er besitze die Kenntniß, ein Land im Handumdrehen glücklich zu machen, hat sich die Krisis in regelmäßigen Epochen wiederholt. Ich möchte dem Abg. v. Kardorff empfehlen, einmal eine Geschichte der Krisen zu studiren. Von Freihandel war aber in jener Zeit keine Spur. Wenn man sagt, daß Frankreich reich geworden ist, weil es einen Schutzzoll hat, so ist das eine Argumentation, die mir noch auf keinem Gebiete des menschlichen Denkens vorgekommen ist. Ich könnte ebenso behaupten, daß die Franzosen bei Sedan geschlagen wurden, weil sie Schutzzoll haben. Ein anderer Zusammenhang besteht in der Sache durchaus nicht. Frankreich hat eine viel ältere Civilisation, als wir. Paris hatte 150,000 Einwohner und eine berühmte Universität, als Berlin noch ein unbekanntes Fischerdorf war. Konnten wir unter viel ungünstigeren klimatischen und Bodenverhältnissen seit Ende des dreißigjährigen Krieges, dieselbe Stufe der Civilisation erreichen?

Wie wollen Sie bei Frankreich die zahllosen Bedingungen für die Entwickelung einer langjährigen Civilisation nichts gelten lassen und Frankreichs Wohlstand allein seiner Zollpolitik zuschreiben, durch die es sich erst in den letzten 30—40 Jahren einigermaßen von anderen Ländern unterscheidet? Diese Art des Raisonnements hält doch wirklich keine Minute der Discussion aus: Man hat uns vorgeworfen, daß wir im Gegensatz zu Frankreich, während wir Stabilität in der Zollpolitik verlangen, am meisten gegen dieselben gesündigt hätten. Kein vernünftiger Mensch wird von einem Volk eine solche Stabilität der Wirthschaftspolitik verlangen, daß absolnt keine Veränderung derselben angenommen wird, während die Production und der Verkehr sich beständig verändert. Der Abg. v. Kardorff würde als der erste einer solchen Bestimmung opponiren. Was ist unter Stabilität der Handelsverträge zu verstehen? Zunächst sichern Sie uns dagegen, daß fremde Länder ungünstigere Bedingungen einführen als die zur Zeit des Vertragsabschlusses existirenden. Der Sinn der Stabilität liegt im Uebrigen darin, daß wir uns klar werden über die Richtung unserer Handelspolitik. Das hat auch Frankreich in den Fundamentalartikeln seiner Musterhandelsverträge ausgesprochen. Den in diesen Verträgen ihm zustehenden Zollmaximalsatz von 30 Procent vom Werth hat es nur in den wenigsten Fällen festgehalten. Will man schutzzöllnerisch sein, so darf man keine Verträge abschließen. Will man aber Handelsverträge abschließen, so muß man sich klar sein, daß der Werth derselben in der Erleichterung des Austausches liegt, die man allmälig fördern will. Diese conservative Stabilität haben wir nie verletzt. Man wirft uns vor, wir hätten mit der Herabsetzung der Eisenzölle den ganzen Sturm in Deutschland entfesselt. Ich würde mich als Schutzzöllner sehr hüten, im Reichstage dieses zweischneidige Argument zu gebrauchen. Es ist ja leicht zu behaupten, man habe Recht gehabt, wenn darauf nicht die Probe der Erfahrung gemacht worden ist, denn man sieht die Schattenseiten erst in der Praxis.

Eine gleiche Beweisführung war die des Abg. Richter dahin, daß, wenn wir ihm gefolgt wären und nicht immer seine Politik unterstützt hätten, auch jetzt seine uns feindliche Zollpolitik nicht eine solche Autorität im Lande gehabt hätte. Mit solchem Plusquamperfectum Conjunctivi (Heiterkeit) kann man nichts beweisen. Die Herren Eisenindustriellen sind durch ihre imponirende Industrie mit ihren unendlichen Verzweigungen und durch ihre Geschicklichkeit so günstig gestellt, daß es vielleicht klug gerechnet wäre, sich nicht mit ihnen zu verfeinden, aber ein armer Volksvertreter (Heiterkeit) kann nicht immer diplomatisiren; deshalb haben wir nur unsere Kenntniß der Dinge, unsere Pflicht und unser Gewissen den Ausschlag geben lassen. Wenn wirklich die Agitation der Eisenindustriellen Schuld daran ist, daß unsere ganze Zoll- und Handelspolitik auf den Kopf gestellt werden soll, so möchte ich nicht die Verantwortung in Zukunft dafür tragen. (Sehr richtig!) Im Jahre 1873, als wir den großen Fehler begangen haben sollen, führte einer ihrer bedeutendsten Redner aus, daß es streitig, wann die Eisenzölle zweckmäßig aufgehoben werden, daß sie aber aufgehoben werden müssen, darüber herrsche keine Meinungs-Verschiedenheit. Dieser Redner war der Abgeordnete Hammacher (Heiterkeit!). Wenn dieser so bewanderte Herr meint, die Eisenzölle seien principiell verurtheilt, sie müßten mit der Zeit fallen, so kann unser Fehler doch nicht so groß sein, wenn wir sie ein paar Jahre früher beseitigen. Wenn wir die hohen Eisenzölle von 1865 behalten hätten, was würde dann 1871 bis 1873 geschehen sein? Damals kannte man nur eine Klage, man müsse auf Effectuirung der Bestellungen auf Eisenschienen und Locomotiven unendliche Zeit warten. Man ging ins Ausland und steigerte dadurch die Production in jener entsetzlichen Weise, die jetzt als Nothstand behauptet wird. Hätten wir damals die hohen Eisenzölle noch gehabt, so würde die Ueberprodction noch viel stärker gewesen sein, der Rückschlag noch viel stärker.

Die Einführung von Getreide- und Viehzöllen ist ein Novum und noch vor kurzer Zeit — Herrn v. Kardorff will ich eine Ausnahme gestatten — dachte noch Niemand an solche Zölle, das beweist eine Aeußerung des jetzigen Ministers Friedenthal. Man soll nichts für unmöglich halten, dafür haben wir erst neulich einen Beweis gehabt. Welchem Umschwunge haben wir es zu verdanken, daß über Nacht sich die Physiognomien der deutschen Regierungen umgestalteten? Früher sagte immer die Eisenindustrie, helft uns nur unsere Producte schützen, dann ist der Wohlstand des Ackerbaues auch geschützt, weil die Prosperität des Gewerbes den Absatz der landwirthschaftlichen Producte sichert. Da kam die sogenannte agrarische Bewegung, vertreten durch Männer, die zugleich die Liberalen und die Politik des Reichskanzlers bekämpften. Ein Theil dieser Agrarier ist noch jetzt wegen Anklagen, die mit ihren Angriffen auf die Politik des Reichskanzlers in Verbindung stehen, im Auslande. Diese Agrarier erfanden das Recept, das jetzt in die Praxis übersetzt werden soll; ihre Politik ist die jetzige der Reichsregierung; ich sage nicht mehr des Reichskanzlers, denn ich muß annehmen, daß die vereinigten Bundesstaaten auch mit ihm neuerer Ueberzeugung geworden sind. Wir haben zwar bis jetzt keine Erklärung darüber, ob die Handelspolitik von 1865 bis 1878, welche die Mehrzahl der einzelnen Bundesstaaten für gut hielt, auch eines Morgens, als die ersten Minister dieser Staaten aufwachten, von ihnen für übel befunden wurde. (Heiterkeit.) Die Aufschlüsse bezüglich der Selbstständigkeit des Denkens und Forschens der einzelnen Bundesstaaten werden jedenfalls sehr interessant sein. (Sehr gut!) Die Agrarier sagten: die Industrie schützen nützt nur wenig, denn sie ist der viel weniger leidende Theil des Landes. Sie eröffneten ihren Feldzug gegen den kosmopolitischen Handel und wollten vorzugsweise den Ackerbau und den Grundbesitz geschützt haben. Anfangs verlachte man dieses kleine Häuflein Oppositioneller, aber seitdem die officielle Reichspolitik sich auf die Seite dieser Bewegung gestellt hat, ist sie mit enormen Fortschritten siegreich geworden.

Den Streit zwischen Ackerbau und Industrie auszufechten, ist nicht meine Sache, aber einer von beiden wird betrogen werden, denn gleichzeitig beide durch Zölle schützen wollen, heißt die Zölle vollständig neutralisiren. Bei allen hier angeführten Exempeln höre ich blos Worte, aber keinen Inhalt; verba sunt, praeterea nihil. Einerseits soll der Zoll auf Getreide den Preis der Waaren nicht erhöhen, zugleich aber sollen die Steuerlasten der Agricultur abgenommen werden mittelst der Preiserhöhungen, welche die Zölle herbeibringen, und darum soll der kleine und große Zoll auch die Eisenbahnpolitik paralysiren und dafür sorgen, daß billige Durchfuhrmittel der Eisenbahnen beseitigt werden, indem er an die Stelle der Vergütung durch Differential-Tarife tritt. Dann gehen Sie doch lieber direct auf das Ziel los und finden Sie, daß die Landwirthschaft zu stark besteuert ist, so nehmen Sie ihr die Steuer ab, dann wissen wir, um was es sich handelt, und wir und die Landwirthe werden nicht betrogen; letzteres ist sehr zu fürchten. Oder wollen Sie dies Problem, das etwas von der Quadratur des Zirkels an sich hat — nämlich die Eisenbahnen so zu organisiren, daß sie mit mathematischer Genauigkeit durchs ganze Land jeden Artikel zu jeder Zeit mit denselben Bedingungen transportiren — durch Beseitigung der Differentialtarife lösen, so thun Sie es. Die Argumentation v. Kardorffs aber, die alte Politik, Getreidezölle als bei den hohen Transportkosten überflüssig nicht einzuführen, sei jetzt hinfällig, da wir Eisenbahnen hätten, die führt uns zu des Pudels Kern, daß nämlich der ganze Verkehr vom Uebel sei. (Sehr richtig! links.) Dann müßten wir die Eisenbahnen selbst abschaffen, das wäre die Logik der Sache. (Oho! rechts.) Nachdem man im Deutschen Reiche mit einem Anfluge von Ernst davon sprach, daß man an das Verbot der Durchfuhr mit Eisenbahnen denke, wird auch unzweifelhaft von Wiederherstellung des Stapelverkehrs die Rede sein. Eines ist so widersinnig wie das andere.

Noch vor einem Jahre hat der Reichstag 10 Millionen Mark für die Gotthardtbahn bewilligt, und das militärische Interesse kam hier nicht allein in Betracht. Wir haben auch die deutschen Eisenbahnen durch einen Vertrag veranlaßt, 8 bis 10 Millionen Mark zu dieser Bahn im Verkehrs-Interesse zu geben, gerade wegen der durchgehenden Linien, um den großen Transport durch Deutschland und von Deutschland nach anderen Ländern zu führen. Wollten wir also die Durchfuhr durch Deutschland verbieten, so müßten wir zunächst den deutschen Eisenbahnen diese 10 Millionen wiedergeben. Alle Versuche, uns nachzuweisen, wie man Zölle an der Grenze errichten kann, greifen immer in jenen unendlichen Vorrath von sophistischen Künsten zurück, an denen die Schutzpolitik sehr reich ist. Es handelt sich immer darum, das Volk glücklich zu machen durch Besteuerung und Vertheuerung, oder wie ein schutzzöllnerisches Blatt in der ersten Begeisterung nach dem Briefe vom 15. December es ausdrückte, Deutschland glücklich zu machen, indem der Reichskanzler seine Pandorabüchse über dasselbe ausschüttet. (Heiterkeit.) Herr von Kardorff und Stumm haben gesagt, die Geheimhaltung der Verhandlungen der verschiedenen Commissionen sei nöthig, um der Speculation keinen Raum zu lassen. Wohin die Eisen- und Tarif-Commission steuerten, konnte man aus der Zusammensetzung erkennen, dazu brauchte man keine Spione; die Anträge kennt man ja und die Zusammensetzung sicherte deren Annahme. Kupfer z. B. wird in Deutschland in geringerer Quantität producirt als exportirt; die Messing- und Kupferindustrie bezieht ihr Rohmaterial aus dem Auslande und nur ein einziges Werk in Deutschland ist bei der Erhöhung des Preises interessirt. (Ruf: Namen.) Ich weiß es, und wenn es sich darum handelte, die Sache für die Speculation zu verwerthen, würde dies leicht sein. Es muß also befremden, wenn ein Zoll auf Kupfer eingeführt wird. Aber die Speculation bewegt sich in anderer Richtung. Die Eisenindustrie ist durch ihre Verschwisterung mit der Börse so mächtig, ein großer Theil der Actien von Eisenindustrie-Gesellschaften befindet sich noch unverwerthbar in den Händen von Interessenten.

Seit dieser Zeit ist in Deutschland so viel die Rede von Erhöhung der Eisenzölle. In Briefen vom Auslande hat man mich oft gefragt, ob die Eisenzölle wirklich erhöht werden sollen und ob es rathsam sei, in Eisen- und Bergwerks-Actien zu speculiren? Ich habe mir eine Menge Ausschnitte aus Börsenberichten gemacht, in denen es immer heißt: Heute in Folge der Nachricht, daß Eisenzölle Aussicht auf Einführung haben, sind Laura-Actien gestiegen. Diese Laura ist nicht unbekannt. (Heiterkeit.) Ou est la femme? gilt auch hier. Ich will diese Gelegenheit benutzen, um einigen Freunden des Herrn von Kardorff einen Dienst zu thun; er ist schon oft in der Presse stürmisch und in nicht sehr geziemender Weise verlangt worden. In den Verhandlungen über den österreichischen Handelsvertrag habe ich angeführt, daß die „Nordd. Allg. Ztg." und die „Post" ein Pamphlet verbreitet hätten, in dem darauf angespielt sei, daß deutsche Freihändler durch Emissäre Englands bestochen worden seien. Der Abg. von Kardorff hat darauf Gelegenheit genommen, zu erwidern, daß in der Beilage der „Nordd. Allg. Ztg." ein Passus gestanden habe, der in diesem Sinne gedeutet werden könnte; aber zur Rechtfertigung der „Post" hat er hinzugesetzt, die „Post" habe den Passus absichtlich unterdrückt. Ich habe keine Gelegenheit, dies anzuerkennen, ich bin aber dazu bereit. Mein Fehler war der, daß ich, nachdem ich an einem Tage die „Post" und die „Nordd. Allg. Ztg." bekommen habe, eine Beilage erhielt, die sich als Beiblatt der „volkswirthschaftlichen Correspondenz" charakterisirt; ich schloß aus demselben Tenor und Umfange, daß es derselbe Artikel sei.

Ich möchte zugeben, daß die Herren sich correct benommen haben, beleidigt können sie sich erst fühlen, wenn sie zugeben, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" etwas gethan hätte, dessen sich ein ordentlicher Mensch schämen müßte; das werden sie auch nicht thun, und das behaupte ich auch nicht, folglich glaube ich nicht in der Lage zu sein, eine Beleidigung zu widerrufen; die Thatsache erkenne ich vollkommen an, aber deswegen hat es auch nicht an Angriffen gefehlt. Mit welchen Bezeichnungen sind wir nicht unverschont geblieben! Vaterlandslose Händler, Exporteure, Makler (Heiterkeit!). Ich hätte gedacht, seitdem wir den ehrlichen Makler in Sachen europäischer Politik kennen gelernt haben, sei das Gewerbe nicht mehr so ganz unehrlich, und auf diese Weise hat sich die Polemik gegen die ganze Seeküste, gegen die großen Hansestädte und Seehäfen der Ostsee erstreckt. Dieser Stand der deutschen Nation soll auf weniger Ehrenfestigkeit und Achtung Anspruch haben, als andere Berufszweige! Und doch waren zur Zeit, als das Deutsche Reich ins Leben gerufen wurde, nirgends begeistertere Anhänger Bismarcks, als in den See- und Handelsstädten. Warum schicken wir Schiffe nach den Samoa-Inseln, wenn der Handel ein so verächtliches Gewerbe ist, das hinter den anderen zurückgesetzt zu werden verdient? Es ist die Logik der Thatsachen, daß die Bevölkerung, die dem Reiche am meisten zugejauchzt hat und es an Patriotismus nicht hat fehlen lassen, zurückgesetzt und als verdächtig behandelt wird. Das hängt damit zusammen, daß sich das Reich überhaupt von den segensreichen Wegen abkehrt, die es am Anfang seiner Schöpfung gegangen ist. Ein Stand wird gegen den anderen aufgerufen, es ist ein Krieg aller Stände, bald ist es die Industrie, bald der Handel, bald die Seeschifffahrt, bald ist es das, was der Abg. v. Kardorff — ich weiß nicht, in welchem Sinne — als das Gewerbe der Zwischenhändler bezeichnet. Ich möchte wissen, ob vielleicht diese letzte, mir ganz neue Kategorie in Zukunft zu ersetzen sein wird; man könnte vielleicht den ganzen Seehandel durch ausgediente Unteroffiziere versehen lassen. (Oh! rechts!)

Wie wird jetzt in den Bundesstaaten Zoll- und Handelspolitik getrieben? Früher Triumph, daß Deutschland einig geworden, nur die gemeinsamen Interessen sollen leitend sein; jetzt hören wir aus der geheimnißvollen Tarifcommission, daß ein Staat gegen Zoll auf Gerste protestirt, weil bei ihm die Gerste eine besondere Bedeutung hat, der Palmkern soll sogar vom Zoll befreit werden, weil ein kleiner Staat eine Seifenfabrik in sich birgt. Das ist die Folge, wenn man den großen Standpunkt verläßt. Man kann sich streiten, ob bei einer einzelnen Industrie ein Schutz nöthig ist, aber darüber muß man sich doch klar sein, ob das, was man thut, im Ganzen nach der Tendenz der Zeit richtig oder falsch ist. Der Abg. von Kardorff hat es mir verübelt, daß ich neulich den Schutzzoll „Zopf" nannte; das war allerdings nicht galant, aber die Herren erkennen es selbst an, daß sie keine eigentlichen Schutzzöllner sind. Daß dies eine alte überwundene Richtung ist, das beweist der neulich berathene Weltpostvertrag, der die neue Weltrichtung zeigt, die der Erleichterung des Verkehrs und des Austausches. Eine entgegengesetzte Richtung ist falsch. (Fürst Bismarck ist während der Rede in das Haus eingetreten.) Der Reichskanzler hat sich wiederholt darüber beschwert, daß nur die Schwierigkeiten, die wir seiner Politik bereitet, zu dem von uns beklagten Erfolg geführt hätten. Nachdem ich jetzt das Glück habe, ihn zum Zuhörer zu haben, muß ich an einen anderen Fall erinnern, in dem trotz unserer Zustimmung ein Erfolg nicht erzielt ist, ich meine das Stellvertretungsgesetz. Das sollte eine große Action sein, eine Basis zur neuen Organisation mit heilsamer Wirkung. Wir haben nach dem Wunsche des Reichskanzlers alle entgegenstehenden Schranken weggeräumt, aber was ist daraus geworden?

Der Vicekanzler ist ein sehr ehrenwerther hoher Beamter, aber eine bedeutende Aenderung in der Verwaltung des Reiches hat er nicht herbeigeführt. Wir suchen seit sechs bis acht Monaten einen Schatzsecretär, der den Schlüssel zu der ganzen Organisation in der Hand haben sollte, aber er scheint bis heute noch nicht gefunden zu sein. Das muß doch ein eigenthümlicher Posten sein. Also alles das, was von unserm Widerstand gegen die Politik des Reichskanzlers gesagt worden ist, ist unbegründet. Wir haben jede Erweiterung, die man von uns verlangen konnte, gewährt. Wir sind sogar theilweise nicht alle mit gleicher Ueberzeugung auf den Gedanken eingegangen, daß die Matricularbeiträge zum größten Theil beseitigt werden können. Es scheint mir bedenklich, auf die Metapher, das Reich müsse auf eigene Füße gestellt werden, eine große Steuerreform zu gründen. Wenn das Reich durch diese Reformen jetzt zu Männern und Parteien hingetrieben wird, die denen ganz entgegengesetzt sind, welche es gegründet und so lange die Reichsregierung gestützt haben, dann wünsche ich von Herzen, daß für diese Beine des Steuersystems auch der Boden noch existiren möge, auf dem sie stehen. (Beifall links.)

Abg. **Reichensperger** (Crefeld): Der Abg. Rickert hat nur mitgetheilt, was die einzelnen Großstaaten für ihr Militär ausgeben, ohne aber zu sagen, wie sich diese Ausgaben zum Gesammtetat und zum Wohlstand des Landes stellen.

Damit schließt die erste Berathung des Etats. Persönlich bemerkt Abg. **Rickert**, daß er nicht, wie v. Kardorff behauptet, seine Meinung in Bezug auf die Matricularbeiträge geändert habe; schon 1877 habe ich erklärt, daß ein Aufgeben der Matricularbeiträge ohne constitutionellen Ersatz eine Verkümmerung des Etatsrechtes des Reichstages sei.

Abg. **Richter** (Hagen): Der Geh. Rath Huber hat die Sache so dargestellt, als ob ich von einer Exportprämie auf Branntwein gesprochen hätte; ich habe nur vom Zucker gesprochen. Ich habe ferner nicht gesagt. daß der Reichskanzler das parlamentarische Recht angriffe, sondern nur, daß er bei rein sachlichen Angriffen sich auf seine persönliche Autorität berufe; das sei das Gegentheil vom Parlamentarismus, eine Dictatur des Kanzlers sei einem solchen Verhältniß vorzuziehen.

Das Haus verweist darauf den Anträgen der Abgg. Rickert und Nieper gemäß die schon bezeichneten Theile des Etats an die Budget-Commission; der Rest wird im Plenum weiter berathen werden.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dinstag 11 Uhr. (Strafgewalt des Reichstages.)

**Berlin**, 1. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Breslau getroffenen Wahl gemäß, den Rechtsanwalt Justizrath Friedensburg daselbst als ersten Bürgermeister der Stadt Breslau, unter Verleihung des Titels „Ober-Bürgermeister“ für dieses Amt, sowie den Stadtsyndicus Dickhuth ebendaselbst als zweiten Bürgermeister der genannten Stadt auf die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer bestätigt. (Reichs-Anz.)

**Berlin**, 1. März. [Aeußerungen des Reichskanzlers.] Das gestrige parlamentarische Diner beim Fürsten Bismarck unterschied sich von den früheren dadurch, daß die Geladenen beinahe ausschließlich aus Reichstags-Abgeordneten bestanden. Nach aufgehobener Tafel fand die übliche Nachtisch-Conversation statt, von welcher allerdings der Löwenantheil auf den Reichskanzler fiel. Er entwickelte abermals sein wirthschaftliches Programm, welches in einigen Punkten besondere Aufmerksamkeit erregte. Es schien, daß der Kanzler sich die Möglichkeit zur Annahme eines Compromisses offen halten lassen wollte. Er bedauerte, daß er sich die Grundlagen für die wirthschaftlichen Reformen erst später angeeignet, aber daran sei jetzt nichts mehr zu ändern. Wie die Dinge liegen, würden die gesetzgeberischen Factoren der neuen Strömung Rechnung tragen müssen. Delbrück wäre die geeignetste Persönlichkeit zur Vermittelung der Gegensätze, wenn nicht frühere Verhältnisse und Ansichten ihn beeinflussen möchten. Er (der Kanzler) müsse sich gefallen lassen, wenn die Opposition — er nannte den Namen eines fortschrittlichen Abgeordneten — ihn mit großer Vehemenz angreife. Sein Gesundheitszustand ertrage die Aufregung des Kampfes nicht, und er werde auch nicht auf die gestrigen erneuten Beschuldigungen antworten, aber schmerzlich berühre es ihn, wenn aus den Reihen der Freunde auf ihn geschossen würde. Der Kanzler theilte seinen Gästen mit, daß keine amtlichen Nachrichten über den Pestausbruch in Petersburg eingetroffen seien. Die Abschließung der Grenze werde jedenfalls mit schweren materiellen Benachtheiligungen für den allgemeinen Verkehr verbunden sein.

**Berlin**, 2. März. [Aus der parlamentarischen Soirée des Reichskanzlers.] In der gestrigen parlamentarischen Soirée des Reichskanzlers unterhielt sich derselbe längere Zeit mit dem Abg. von Puttkammer (Fraustadt), bekanntlich Appellationsgerichtsrath in Colmar. Gutem Vernehmen nach wurde die elsaß-lothringische Constituirungsfrage, mit der sich der Reichskanzler augenblicklich lebhaft beschäftigt, eingehend besprochen. Später conversirte der Kanzler in derselben Angelegenheit auch mit dem Abg. Schneegans und sprach die Hoffnung aus, daß sich der Landesausschuß in einer die Reichsinteressen wahrenden Weise schlüssig machen werde. Er betonte, daß er es für wünschenswerth halte, die Frage im Reichstage gründlich zu berathen und die Principien klar zu legen, damit sich später die Detailfragen leichter erledigen lassen. Vorläufig könne von der Form der künftigen Constituirung noch abgesehen werden. Unter den anwesenden Abgeordneten, welche der Lösung dieser Frage ihre Sympathien zuwenden, sagte man indessen, daß gerade über die passendste Form der Constituirung sowohl höheren Orts, als in Straßburg selbst keine Zweifel mehr vorhanden sind. Deshalb wird nach den neuesten Privatberichten aus Straßburg der jetzt versammelte Landes-Ausschuß einfach seinen vorjährigen Beschluß erneuern, welcher daraus hinausläuft, daß Elsaß-Lothringen als selbstständiger deutscher Bundesstaat mit dem Sitz der Regierung in Straßburg constituirt werde. Man nimmt an, daß dieser Beschluß etwa in 8 Tagen gefaßt sein dürfte, worauf dann der Reichstag in die Discussion des schon vorliegenden Antrags der Autonomisten eintreten wird.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Paris**, 2. März. Einige Blätter glauben, daß die gestrige Abstimmung der Kammer, wobei die Rechte mit der äußersten Linken stimmte, um die Interpellation Lisbonne auf Montag zu vertagen, die Existenz des Cabinets gefährdet. Der „National“ sieht voraus, die Radicalen würden Nachfolger der Republikaner. Ein Artikel Girardins in der „France“ verlangt die Bildung eines Cabinets Gambetta.

**Versailles**, 1. März. Deputirtenkammer. Der Deputirte Lisbonne richtete an den Minister des Innern, Marcère, eine Anfrage über den Grund der Unterbrechung der Untersuchung in Betreff der Verhältnisse auf der Polizeipräfectur und verlangte namentlich Auskunft über die Entschließungen des Ministers. Der Minister antwortete, indem er zunächst dem Deputirten Lisbonne seinen Dank dafür aussprach, daß er ihm Gelegenheit geboten habe, Aufklärung zu geben. Sodann gab der Minister eine Darstellung der auf die Polizeipräfectur bezüglichen Thatsachen und hob besonders hervor, daß die Polizeipräfectur seit ihrer Reorganisation durch Thiers durchaus ihre Schuldigkeit gethan und jeder Störung der öffentlichen Ordnung vorgebeugt habe. (Beifall im Centrum, Schweigen auf der Linken.) Im weiteren Fortgange seiner Rede sprach sich der Minister sehr mißbilligend über den Feldzug aus, den man mit verwerflichen Mitteln gegen die Polizei unternommen habe und protestirte mit großer Entschiedenheit gegen die Verleumdungen, welche man gegen ihn persönlich gerichtet habe, indem man ihn compromittirender Handlungen bei Finanzgeschäften beschuldige. (Beifall im Centrum.) Der Minister verwies auf seine Vergangenheit, welche ganz dem Lande und der Republik gewidmet gewesen sei und richtete schließlich an die Kammer das Ersuchen, die vorliegende Anfrage in eine Interpellation umzuformen und ihn die Ansicht der Kammer erkennen zu lassen. Der Deputirte Clemenceau (radical) beantragte darauf die Umformung der Anfrage Lisbonne's in eine Interpellation und die Berathung derselben am nächsten Montag auf die Tagesordnung zu stellen. Der Minister Marcère verlangte die sofortige Einbringung der Interpellation. Die Kammer entschied sich für Montag.

**London**, 1. März. Nach hier eingegangener Meldung hat der Vicekönig von Indien ein Schreiben Jacub Khans vom 26. v. M. erhalten, in welchem dieser den Tod Schir Ali's anzeigt.

**London**, 2. März. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Calcutta vom heutigen Tage gemeldet wird, ist dort ein Schreiben Jacub Khan's vom 20. Februar eingetroffen, in welchem der Wunsch nach Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zu England ausgedrückt wird.

**Stuttgart**, 1. März. Für die eben abgeschlossene neue Anleihe stellt sich im ganzen Lande lebhafte Betheiligung heraus und ist bei der am 5. d. hier und in Frankfurt erfolgenden Subscription eine sehr starke Ueberzeichnung zu erwarten.

**Darmstadt**, 1. März. Der Großherzog trifft mit seinen Kindern und dem Prinzen Leopold von England heute Abend 8 Uhr 40 Minuten aus England hier ein.

**Pest**, 1. März. In dem Budgetausschusse der österreichischen Delegation theilte Graf Andrassy mit, daß an den Commandanten von Serajewo die positivsten Weisungen dahin ergingen, daß die ganze Landesverwaltung sich streng innerhalb der Grenzen der eigenen Landeseinnahmen bewegen müsse; mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Landes seien nur allmälige definitive Administrations-Einrichtungen möglich. Der Ausschuß beschloß, morgen in die Specialdebatte über die Creditvorlagen einzutreten. Auf eine Anfrage erklärte Graf Andrassy, daß es sämmtlichen Regierungen freigestellt bleiben müsse, die Frage der Unabhängigkeit Rumäniens in Erwägung zu ziehen, falls Rumänien die Vertragsbedingungen nicht erfüllen sollte; die rumänische Regierung habe übrigens die bündigsten Versicherungen ertheilt. Weiter bemerkte Graf Andrasse, daß betreffs Serbiens Oesterreich-Ungarn das Recht gewahrt sei, nach Maßgabe der Verhandlungen eine Zolleinigung oder einen Handelsvertrag abzuschließen. Die vereinigten Ausschüsse der ungarischen Delegation beschlossen die Berathung über die Occupations-Creditvorlagen vorzunehmen.

**Pest**, 1. März. Im Unterhause ist von dem Ministerpräsidenten Tisza ein Gesetzentwurf eingebracht worden, nach welchem der Berliner Vertrag angenommen und inarticulirt wird. — In dem Budgetausschusse der österreichischen Delegation hat eine längere Generaldebatte über die Bewilligung der Credite zur Bestreitung der Occupationskosten stattgefunden, speciell über die Ertheilung der Indemnität für die Auslagen pro 1878. Der Kriegsminister und der Finanzminister traten für die Regierung ein. Es wurden heute weder Anträge gestellt, noch Beschlüsse gefaßt. Morgen soll die Debatte fortgesetzt werden. — Der von der Regierung beantragte Nachtragscredit für die diplomatischen Vertretungen im Orient ist vom Ausschusse genehmigt worden. Im Laufe der Debatte über diesen Gegenstand bemerkte Graf Andrassy, daß der Ministerresident für Rumänien ernannt worden sei, damit auch in dieser Richtung der Berliner Vertrag zur Ausführung komme.

**Pest**, 2. März. Dem Vernehmen nach ergiebt die Bilanz der Ungarischen Creditbank pro 1878 1,167,000 Fl. Reingewinn, die Dividende ist mit 20½ Fl. in Aussicht genommen.

**Pest**, 2. März. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses der Reichsraths-Delegation gab der Kriegsminister ein ausführliches Exposé über die Vorbereitung und die Durchführung der Occupation von Bosnien und der Herzegowina. Die Berathung der auf die Occupation bezüglichen Vorlagen wurde abgebrochen und der Bericht des Referenten über den Nachtragscredit zum Budget für das Ministerium des Auswärtigen nach längerer Debatte genehmigt. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte im Laufe der Debatte, die serbische Regierung trage an der Verzögerung des Zustandekommens der neuen Handelsbeziehungen keine Schuld; vor der Aufnahme der diesbezüglichen Verhandlungen sei eine genaue Vereinbarung zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium nothwendig. Die Verhandlungen zur Herbeiführung dieser Vereinbarung seien gegenwärtig im Gange; zu denselben werde auch bisweilen der Vertreter Serbiens zugezogen.

**Bern**, 2. März. Gestern Abend starb in Glarus der Bundespräsident Dr. J. Heer im Alter von 54 Jahren.

**London**, 1. März. Wie es heißt, würde sich Graf Schuwaloff demnächst nach Petersburg begeben und zwar lediglich in Privat-Angelegenheiten. — Der „Times“ wird aus Paris vom gestrigen Tage gemeldet, Frankreich habe eingewilligt, gemeinsam mit England vom Khedive die Wiedereinsetzung Nubar Pascha's zu verlangen.

**Madrid**, 2. März. Es ist hier das Gerücht von einer bevorstehenden Ministerkrisis verbreitet. Als Grund für letztere wird angegeben, daß der Gouverneur von Kuba, General Martinez Campos, 200 Millionen Pesetas für Kuba verlangt habe, worauf der Ministerpräsident Canovas del Castillo erklärte, daß er eher seine Entlassung nehmen würde, als auf die Forderung Martinez Campos eingehen, da bei der gegenwärtigen Finanzlage Spaniens die Verausgabung einer solchen Summe unmöglich sei.

**Kopenhagen**, 1. März. Das Eis im Sunde beginnt in Folge eingetretenen Thauwetters zu bersten; Dampfer versuchen die Passage von Kopenhagen herzustellen, haben aber bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt. Auf den Eisenbahnen ist der Verkehr wieder hergestellt. Sämmtliche Posten aus dem Auslande, welche ausgeblieben waren, sind nunmehr eingetroffen.

**Tirnowa**, 28. Februar. Die Commission zur Prüfung der Anträge der Delegirten Ostrumeliens hat einstimmig den Vorschlag, ein Memorandum an die europäischen Mächte zu richten, angenommen.

**Petersburg**, 1. März. Die Mitglieder des Medicinalrathes, welche den Unterpförtner der Artillerieschule Prokoffjeff untersuchten und feststellten, daß es sich um eine Erkrankung syphilitischer Natur handele, sind Dr. Kade, Dr. Zdekauer, Dr. Hermann, Dr. Kastorski (Epidemologe, 4 Jahre in Persien gewesen), Dr. Lentz u. A.

Gegenüber den Nachrichten über Anleiheverhandlungen, mit denen sich auswärtige Zeitungen noch vielfach beschäftigen, wird von unterrichteten Personen versichert, daß solche Verhandlungen zur Zeit nicht stattfinden und daß den bezüglichen Gerüchten, wenn überhaupt etwas, höchstens der Umstand zu Grunde liegt, daß in Pourparlers eine Anleiheabsicht für später nicht zurückgewiesen wurde.

**Petersburg**, 2. März. General Graf Loris-Melikoff meldet aus Astrachan vom gestrigen Tage, daß im astrachanischen Gouvernement, sowie in den Districten der inneren Kirghisen keine neue Erkrankungen an der Epidemie vorgekommen sind. — 8 Grad Wärme. Die Ueberfahrt über die Wolga bei Astrachan erfolgt mittelst Böten.

**Petersburg**, 2. März. Graf Loris-Melikoff meldet weiter aus Astrachan von gestern: Graf Golenitscheff-Kutusoff, der Vorsitzende der Commission zur Verbrennung des inficirten Eigenthums, berichtet, daß im Dorfe Starizkoje die Verbrennung der betreffenden Häuser glücklich von Statten gegangen sei, wobei die Commission von der Bevölkerung bereitwillig unterstützt worden sei. Das Verhalten der Bevölkerung biete auch für die Zukunft eine Garantie für die erfolgreiche Durchführung der Maßregeln gegen die Seuche dar.

**Konstantinopel**, 1. März. Die in Tschataldja stehenden türkischen Truppen haben bereits ihren Marsch nach Adrianopel begonnen. Ebendorthin sollen demnächst auch die zum Gendarmeriecorps gehörigen Mannschaften in der Stärke von 2500 Mann dirigirt werden, welche seitens des Seraskierates zu diesem Zwecke formirt und equipirt worden sind.

**Konstantinopel**, 1. März. Der Delegirte der nach Astrachan entsandten ottomanischen Sanitätscommission Dr. Cabiadis hat dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten aus Zarizin den 28. Februar telegraphisch mitgetheilt, daß seit 21 Tagen kein Fall von Pesterkrankung vorgekommen ist und daß der allgemeine Gesundheitszustand ein guter ist. Dr. Cabiadis befindet sich mit seinen deutschen und russischen Collegen auf dem Wege nach Wetljanka.

**Bukarest**, 2. März. Der Administrationsrath der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft hat soeben vom Minister officiell die Bestätigung des von Berlin eingetroffenen Regierungsraths Sebold als Generaldirector der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft erhalten.

**Athen**, 2. März. Die Mukhtar Pascha von der griechischen Commissaren bewilligte Frist ist gestern abgelaufen. Mukhtar hat keine Antwort ertheilt. Demnach wurden die griechischen Commissaren auf Ersuchen einiger Mächte angewiesen, noch in Prevesa zu bleiben.

**Washington**, 2. März. Der Präsident Hayes hat die antichinesische Einwanderungsbill verworfen, weil durch dieselbe der gesammte Burlingame-Vertrag hinfällig und die beiderseitigen Unterthanen schutzlos werden würden. Der Congreß habe außerdem nicht die Competenz, Verträge zu modificiren; eine Störung der bestehenden Vertragsverhältnisse würde die materiellen Interessen Amerikas beeinträchtigen.

**Washington**, 1. März. Im Monat Februar d. J. hat die Staatsschuld der Vereinigten Staaten um 311,000 Dollars zugenommen. Im Staatsschatze befanden sich ult. Februar 447,292,000 Dollars in Gold.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 2. März, Abends. [Boulevard-Verkehr] 3% amortisirbare Rente 79, 82½, 3% Rente 77, 45, Anleihe von 1872 112, 45, Türken 12, 92½, Spanier exter. —, —, do. intér. —, —, neue Egypter 241, 25, Chemins égyptiens —, —, Türkenloose 50, 00, Banque ottomane 509, 37, Italiener 76, 55, Oesterr. Goldrente 66, 68, Ungar. Goldrente 73½, 1877er Russen —. Fest.

**Berlin**, 2. März, Nachm. 1 Uhr 20 Minuten. [Privatverkehr.] Creditactien 412,00—411,50—417,00—415,00—415,50, Franzosen 428,00 bis 428,50, Lombarden 114,00, 1860er Loose —, —, österr. Papierrente 54,60—54,75, do. Goldrente 65,40, do. Silberrente —, ungarische Goldrente 73,25—73,40, Italiener 76,25, Türken —, —, 1877er 5proc. Russen 85,75, Zweite Orient-Anleihe 57,40, Russische Noten per ultimo 199,25—199,50, Rumänier 29,50—29,75, Köln-Mindener Bahn 105,10, Bergisch-Märkische Bahn 77,50, Rheinische Bahn 107,25, Berlin-Stettiner Bahn —, —, Galizier 96,90, Oberschlesische Bahn —, —, Disconto-Commandit 132,00 bis 131,90—132,75, Deutsche Bank —, —, Darmstädter Bank —, —, Reichsbank —, —, Laurahütte 66,00, Hibernia und Shamrock —, —, Kön. Marienhütte 58,75. Recht fest. Creditactien steigend auf Bilanz der ungar. Creditbank, schließlich Realisirungen.

Nachbörse: Unverändert.

**Frankfurt a. M.**, 2. März, Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel —, —. Goldrente 65¾. Silberrente 55½. Papierrente 54½. Ungar. Goldrente 73⅜. 1877er Russen 86⅜. Darmst. Bank 118¼. Oesterr.-ungar. Bank 687. Creditactien 206½. Böhm. Westbahn 145¾. Elisabethbahn 146¾. Galizier 193½. Nordwestbahn 101¼. Franzosen 214. Lombarden —. 1860er Loose 111⅝. 1864er Loose —, —. Amerikaner de 85 —, —. Meininger Bank —, —. Hess. Ludwigsb. —, —. Ungar. Staatsloose —, —. do. Schatzanw., alte —, —, do. do. neue —, —. Reichsbank —. II. OrientAnleihe $57\frac{11}{16}$. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 207¼, Franzosen 214, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente $73\frac{7}{16}$, Galizier —, Orientanleihe —, 1877er Russen —.

**Hamburg**, 2. März, Nachm. [Privatverkehr.] Oesterr. Silberrente 55¼, do. Papierrente 54⅝, do. Goldrente 65½, ungarische Goldrente 73¼, 1860er Loose 112¼, Lombarden 141, Credit-Actien 207, Franzosen 535, 1877er Russen 85¾, Rheinische Bahn —, Bergisch-Märkische Bahn —, —, Köln-Mindener Bahn —, Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft 95¾. Still, Creditactien sehr fest.

**Wien**, 2. März, Nachm. 12 Uhr 5 Min. [Privatverkehr.] Credit-Actien 228,00, Galizier 221,50, Anglo-Austrian 98,60, Lombarden —, —, Papierrente 62,95, österr. Goldrente 75,70, ungar. Goldrente 84,32½, Marknoten 57,30, Napoleons 9,29. Fest, still.

**Hamburg**, 1. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 118¼, Silberrente 55¼, Oest. Goldrente 65½, Ung. Goldrente 73⅛, Creditactien 204, 1860er Loose 112, Franzosen 533, Lombarden 141, Ital. Rente 76½, Neueste Russen 85⅝, Vereinsbank 122, Laurahütte 65½, Commerzbank 102, Norddeutsche 138½, Anglo-deutsche 35, Intern. Bank 83¼, Amerik. de 1885 96½, Köln-Minden. St.-A. 105¼, Rhein. Eisenbahn do. 107¼, Bergisch-Märkische do. 77¾, Disconto 2 pCt. — Matt.

**Hamburg**, 1. März, Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine flau. Roggen loco fest, auf Termine flau. Weizen per April-Mai 179 Br., 178 Gd., per Mai-Juni 181½ Br., 181 Gd. Roggen per April-Mai 119 Br., 118 Gd., per Mai-Juni 121 Br., 120 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rüböl ruhig, loco 59, per Mai 59½. Spiritus flau, per März 42¾ Br., per April-Mai 42¼ Br., per Mai-Juni 42¼ Br., per Juni-Juli 42½ Br. Kaffee fest, aber ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 50 Br., 9, 40 Gd., per März 9, 20 Gd., per August-December 9, 60 Gd. — Wetter: Trübe.

**Liverpool**, 1. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 5000 Ballen. Unbelebt. Tagesimport 25,000 B., davon 21,000 B. amerikanische, 4000 B. ostindische.

**Liverpool**, 1. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Preise zu Gunsten der Käufer, Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung $5\frac{11}{32}$, Mai-Juni-Lieferung $5\frac{13}{32}$ D.

**Pest**, 1. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, Termine ruhiger, per Frühjahr 8, 55 Gd., 8, 60 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 35 Gd., 5, 40 Br. — Mais (Banat) per Frühjahr 4, 90 Gd., 4, 95 Br. — Wetter: Windig.

**Paris**, 1. März, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per März 27, 25, per April 27, 50, per Mai-Juni 27, 75, pr. Mai-August 27, 75. Mehl ruhig, per März 58, 75, per April 59, 50, per Mai-Juni 60, 25, per Mai-August 60, 75. Rüböl ruhig, per März 83, 75, per April 84, 00, per Mai-August 85, 00, per September-December 86, 75. Spiritus weichend, per März 53, 75, per Mai-August 55, 25. — Wetter: Bedeckt.

**Paris**, 1. März, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilgr. 50, 25, Nr. 7/9 pr. März per 100 Klgr. 56, 50. — Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Klgr. per März 60, 25, per April 60, 50, per Mai-August 61, 25.

**London**, 1. März. Havannazucker Nr. 12 21½. Matt.

**Antwerpen**, 1. März, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer unverändert. Gerste Gerste steigend.

**Antwerpen**, 1. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23¾ bez. u. Br., per April 23¾ Br., per September 25 Br., per September-December 26 Br. — Ruhig.

**Bremen**, 1. März, Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 00 bez., per April 9, 10, per Mai 9, 15, per August-December 9, 90.

---

**Meiningen**, 1. März. [Serienziehung der Meininger 7-Gulden-Loose.] 171, 296, 988, 1364, 1415, 1524, 1544, 2257, 2368, 2408, 2731, 2826, 2954, 3016, 3137, 3222, 3628, 3950, 4009, 4546, 4854, 4988, 4993, 5220, 5363, 6049, 6294, 6907, 6929, 7070, 7527, 7888, 7933, 7972, 8142, 8186, 8292, 8910, 9218, 9778.

---

**Braunschweig**, 1. März. [Serienziehung der Braunschweiger 20-Thalerloose.] 530, 605, 617, 690, 715, 899, 1021, 1143, 1330, 1494, 1508, 2191, 2503, 2752, 2768, 2846, 3466, 3587, 3719, 3879, 4923, 4972, 5347, 5785, 5817, 6484, 6663, 7471, 7852, 8427, 8457, 8467, 9267, 9328, 9697, 9939.

---

**Augsburg**, 1. März. [Prämien-Ziehung der Augsburger 7-Fl.-Loose.] 7000 Fl. Nr. 2 Serie 2012, 2000 Fl. Nr. 64 Serie 432; je 100 Fl. Nr. 84 Serie 918, Nr. 45 Serie 1224, Nr. 45 Serie 1336, Nr. 43 Serie 1898; je 60 Fl. Nr. 43 Serie 225, Nr. 5 Serie 314, Nr. 53 Serie 432, Nr. 71 Serie 432, Nr. 50 Serie 716, Nr. 82 Serie 1194, Nr. 30 Serie 1688, Nr. 37 Serie 1688, Nr. 56 Serie 1688, Nr. 31 Serie 2012; je 30 Fl. Nr. 3 Serie 225, Nr. 56 Serie 225, Nr. 67 Serie 225, Nr. 12 Serie 314, Nr. 71 Serie 314, Nr. 76 Serie 314, Nr. 84 Serie 716, Nr. 43 Serie 918, Nr. 64 Serie 918, Nr. 14 Serie 1194, Nr. 16 Serie 1194, Nr. 94 Serie 1194, Nr. 95 Serie 1194, Nr. 8 Serie 1224, Nr. 61 Serie 1224, Nr. 45 Serie 1688, Nr. 46 Serie 1688, Nr. 63 Serie 1757, Nr. 69 Serie 1757, Nr. 3 Serie 1898, Nr. 41 Serie 1898, Nr. 83 Serie 1898; je 25 Fl. Nr. 76 Serie 225, Nr. 86 Serie 314, Nr. 35 Serie 432, Nr. 47 Serie 432, Nr. 10 Serie 918, Nr. 20 Serie 1194, Nr. 55 Serie 1194, Nr. 73 Serie 1194, Nr. 24 Serie 1688, Nr. 19 Serie 1757, Nr. 55 Serie 1757, Nr. 39 Serie 2012.

---

**München**, 1. März. [Serienziehung der bairischen 4% Prämien-Anleihe.] 29, 32, 114, 118, 138, 147, 239, 330, 426, 510, 580, 597, 608, 688, 693, 724, 797, 854, 867, 1002, 1013, 1036, 1086, 1136, 1185, 1457, 1611, 1615, 1667, 1769, 1809, 1856, 1867, 2222, 2228, 2303, 2304, 2453, 2473, 2598, 2641, 2836, 2852, 2869, 2984, 2986, 2987.

---

**Berlin**, 1. März. Spiritus loco ohne Faß 51,4 M. bez., per April-Mai 52,2—52,4 M. bez., per Mai-Juni 52,3—52,6 M. bez., per Juni-Juli 53—53,3 M. bz., per Juli-August 54,1—54,3 M. bez., per August-September 54,8—54,6—54,7 M. bez., per März 51,3 Mark nom., per März-April 51,3 Mark nom. Gek. — Liter. Kündigungspreis — Mark.

---

**Breslau**, 3. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen gedrückt, bei stärkerem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen, in sehr matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 13,80 bis 16,40—17,40 Mark, gelber 13,70—15,90 bis 16,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,30 bis 11,20 bis 11,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mark, weiße 13,30—14,20 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 9,40 — 10,00 — 10,60 bis 12,00 Mark.

Mais gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 10,00—10,50—11,00 Mark.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00—14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50 — 7,80 — 8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten gut behauptet.

Schlaglein in fester Stimmung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Schlag-Leinsaat | 25 | 50 | 23 | 50 | 22 | 50 |
| Winterraps | 25 | — | 23 | 50 | 22 | 50 |
| Winterrübsen | 24 | 50 | 23 | — | 22 | — |
| Sommerrübsen | 24 | 75 | 23 | — | 22 | — |
| Leindotter | 20 | — | 19 | — | 18 | — |

Rapskuchen mehr Kauflust, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,70 Mark.

Leinkuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark.

Kleesamen in ruhiger Haltung, rother höher gehalten, pr. 50 Kilogr. 33—36—40—43 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 39—50—54—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ruhig, pr. 50 Kilogr. 15,00—18,00—19,50 Mark.

Mehl gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,00—26,00 Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Hausbacken 17,50—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

---

Heu 2,70—2,90 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

**Breslau**, 3. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 20 Cm. U.-P. — M. 96 Cm.

| März 2., 3. | Nachm. 2 U. | Abends 10 U. | Morgens 6 U. |
|---|---|---|---|
| Luftwärme | — 0°,1 | — 0°,5 | — 1°,1 |
| Luftdruck bei 0° | 331''',73 | 332''',06 | 331''',16 |
| Dunstdruck | 1''',84 | 1''',52 | 1''',61 |
| Dunstsättigung | 93 pCt. | 80 pCt. | 89 pCt. |
| Wind | NW. 2. | NW. 2. | NW. 1. |
| Wetter | bedeckt. | trübe. | trübe. |

# Berliner Börse vom 1. März 1879.

## Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Deutsche Reichs-Anl. | 4 | 96,60 bz |
| Consolidirte Anleihe | 4½ | 105,10 bzG |
| do. do. 1876 | 4 | 96,30 bz |
| Staats-Anleihe | 4 | 96,40 G |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 92,00 bz |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½ | 150,00 bz |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 102,25 bz |
| Pfandbriefe: Berliner | 4½ | 102,00 bzB |
| Pommersche | 3½ | 85,25 G |
| do. | 4 | 96,00 bz |
| do. | 4½ | 102,90 G |
| do. Lndsch.Crd. | 4½ | — — |
| Posensche neue | 4 | 95,50 bzG |
| Schlesische | 3½ | 87,30 G |
| Lndschaftl. Central | 4 | 95,20 bz |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 97,00 B |
| Pommersche | 4 | 96,70 G |
| Posensche | 4 | 96,55 bz |
| Preussische | 4 | 96,75 bz |
| Westfäl. u. Rhein. | 4 | 98,75 B |
| Sächsische | 4 | 97,10 G |
| Schlesische | 4 | 97,60 G |
| Badische Präm.-Anl. | 4 | 123,75 G |
| Baierische 4% Anleihe | 4 | Ziehung |
| Cöln-Mind.Prämiensch | 3½ | 118,75 bz |
| Sächs. Rente von 1876 | 3 | 73,60 bz |

Kurh. 40 Thaler-Loose 253,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 152,00 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe Ziehung
Oldenburger Loose 142,50 bzG

## Hypotheken-Certificate.

| | | |
|---|---|---|
| Krupp'sche Partial-Ob. | 5 | 108,60 G |
| Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B. | 4½ | 95,50 bzG |
| do. do. | 5 | 102,00 bzG |
| Deutsche Hyp.-B.-Pfb. | 4½ | 94,75 bzG |
| do. do. do. | 5 | 101,00 bzG |
| Künd br. Cent.-Bod.-Cr. | 4½ | 100,25 bz |
| Unkünd. do. (1872) | 5 | 102,60 bz |
| do rückzb. à 110 | 5 | 107,40 bz |
| do. do. do. | 4½ | 99,00 bz |
| Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.B. | 5 | — — |
| do. III. Em. do. | 5 | 106,75 bzG |
| Kündb.Hyp.Schuld. do. | 5 | 100,00 G |
| Hyp.-Anth.Nord-G.C-B | 5 | 92,90 bzG |
| do. do. Pfandbr. | 5 | 96,75 bz |
| Pomm. Hyp.-Briefe | 5 | 97,25 G |
| do. do. II. Em. | 5 | 89,50 G |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 | 108,50 B |
| do. do. II. Em. | 5 | 106,00 bz |
| do. 5%Pf.rkzlbr.m.110 | 5 | 99,60 bzG |
| do. 4½ do. do. m.110 | 4½ | 92,70 G |
| Meininger Präm.-Pfdb. | 4 | 110,00 bz |
| Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge. | 5 | 96,25 G |
| Schles. Bodencr.-Pfdbr. | 5 | 100,00 G |
| do. do. | 4½ | 96,25 G |
| Südd. Bod.-Cred.-Pfdb. | 5 | 103,00 G |
| do. do. 4½% | 4½ | 98,70 G |

## Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oest. Silber-R. (1/1.1/7.) | 4⅕ | 55,50 G |
| do. (1/4.1/10.) | | 55,50 bzB |
| do. Goldrente | 4 | 65,60 bz |
| do. Papierrente | 4⅕ | 54,90 G |
| do. 54er Präm.-Anl. | 4 | 105,80 bzG |
| do. Lott.-Anl. v. 60 | 5 | 111,50 G |
| do. Credit-Loose | fr. | 308,00 bzB |
| do. 64er Loose | fr. | Ziehung |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 146,25 bz |
| do. do. 1866 | 5 | 146,10 bz |
| do. Orient-Anl. v. 1877 | 5 | 57,80 bz |
| do. II. do. v. 1878 | 5 | 57,70 bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfdbr. | 5 | 74,70 bz |
| do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb. | 5 | 77,00 bz |
| Russ.-Poln.Schatz-Obl. | 4 | — — |
| Poln. Pfandbr. III. Em. | 5 | — — |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | 4 | Ziehung |
| Amerik. rückz. p. 1881 | 6 | 103,60 B |
| do. do. 1885 | 6 | 98,00 bzG |
| do. 5% Anleihe | 5 | 102,25 bzB |
| Ital. 5% Anleihe | 5 | 76,10 bz |
| Ital. Tabak-Oblig. | 6 | 102,90 B |
| Raab-Grazer 100Thlr.L | 4 | 75,25 bzG |
| Rumänische Anleihe | 8 | — — |
| Türkische Anleihe | fr. | 12,70 bzG |
| Ungar. Goldrente | 6 | 73,50 bzG |
| do. Loose (M. p. St.) | fr. | 155,00 bz |
| Ung. 5%St.-Eisnb.-Anl. | 5 | 74,75 bzB |
| do. Schatzanw. | 6 | — — |
| do. do. II. Abth. | 6 | 105,20 bzG |

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,50 G
Türken-Loose 29,10 bzG

## Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märk. Serie II. | 4½ | 100,75 B |
| do. III. v. St. 3½g. | 3½ | 86,00 bzG |
| do. do. VI. | 4½ | 100,75 G |
| do. Hess. Nordbahn | 5 | 104,00 G |
| Berlin-Görlitz | 5 | 102,40 B |
| do. | 4½ | 93,50 G |
| do. Lit. C. | 4½ | 87,50 B |
| Bresl-Freib. Lit. D.E.F | 4½ | 99,50 G |
| do. Lit. G. | 4½ | 99,60 G |
| do. do. H. | 4½ | 97,00 G |
| do. do. J. | 4½ | 96,75 G |
| do. do. K. | 4½ | 96,50 bzG |
| do. von 1876 | 5 | 103,10 bz |
| Cöln-Minden III. Lit. A. | 4 | 94,00 bzG |
| do. Lit. B. | 4½ | — — |
| do. IV. | 4 | 95,20 bz |
| do. V. | 4 | 95,25 G |
| Halle-Sorau-Guben | 4½ | 102,10 bz |
| Hannover-Altenbeken | 4½ | 98,00 G |
| Märkisch-Posener | 5 | 100,50 B |
| N.-M. Staatsb. I. Ser. | 4 | 96,90 B |
| do. do. II. Ser. | 4 | 95,50 G |
| do. do. Obl. I. u. II. | 4 | 97,00 bz |
| do. do. III. Ser. | 4 | 95,75 bzG |
| Oberschles. A. | 4 | — — |
| do. B. | 3½ | — — |
| do. C. | 4 | — — |
| do. D. | 4 | 93,80 G |
| do. E. | 3½ | 87,25 B |
| do. F. | 4½ | — — |
| do. G. | 4½ | — — |
| do. H. | 4½ | 101,80 bz |
| do. von 1869 | 5 | 101,50 bzG |
| do. von 1873 | 4 | 93,30 bz |
| do. von 1874 | 4½ | — — |
| do. Brieg-Neisse | 4½ | — — |
| do. Cosel-Oderb. | 4 | — — |
| do. do. | 5 | — — |
| do. Stargard-Posen | 4 | — — |
| do. do. II. Em. | 4½ | 100,50 B |
| do. do. III. Em. | 4½ | 100,50 B |
| do. Ndrschl.Zwgb. | 3½ | — — |
| Ostpreuss. Südbahn | 4½ | 99,80 B |
| Rechte-Oder-Ufer-B. | 4½ | 101,50 G |
| Schlesw. Eisenbahn | 4½ | — — |
| Dux-Bodenbach | fr. | 66,50 G |
| do. II. Emission | fr. | 59,40 bzG |
| Prag-Dux | fr. | 22,90 bz |
| Gal. Carl-Ludw.-Bahn | 5 | 87,20 bzB |
| do. do. neue | 5 | 86,80 bzG |
| Kaschau-Oderberg | 5 | 61,40 G |
| Ung. Nordostbahn | 5 | 59,00 G |
| Ung. Ostbahn | 5 | 55,25 G |
| Lemberg-Czernowitz | 5 | 67,50 G |
| do. do. II | 5 | 69,80 bzB |
| do. do. III. | 5 | 63,75 bzG |
| do. do. IV. | 5 | 58,50 G |
| Mährische Grenzbahn | 5 | 57,50 bzB |
| Mähr.-Schl. Centralb. | fr. | 18,50 G |
| do. II. | fr. | — — |
| Kronpr. Rudolf-Bahn | 5 | 67,10 G |
| Oesterr.-Französische | 3 | 351,50 bzG |
| do. do. II. | 3 | 345,00 G |
| do. südl. Staatsbahn | 3 | 244,30 bzG |
| do. neue | 3 | 244,90 bzG |
| do. Obligationen | 5 | 86,20 bz |
| Rumän. Eisenb.-Oblig. | 6 | 81,75 bzG |
| Warschau-Wien II. | 5 | 98,10 bz |
| do. III. | 5 | 96,30 bzB |
| do IV. | 5 | 86,00 bz |
| d V. | 5 | 82,50 etbzG |

## Wechsel-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amsterdam 100 Fl. | 8 T. | 3½ | 169,15 bz |
| do. do. | 2 M. | 3½ | 168,35 bz |
| London 1 Lstr. | 3 M. | 3 | 20,375 bz |
| Paris 100 Frcs. | 8 T. | 3 | 81,05 bz |
| Petersburg 100 SR. | 3 M. | 6 | 198,60 bz |
| Warschau 100 SR. | 8 T. | 6 | 198,90 bz |
| Wien 100 Fl. | 8 T. | 4½ | 174,20 bz |
| do. do. | 2 M. | 4½ | 173,20 bz |

| | |
|---|---|
| Ducaten 6,61 bz | Dollars 4,18 G |
| Sover. 20,40 G | Oest. Bkn. 174,45 bz |
| Napoleon 16,20 bz | do. Silbergd — — |
| Imperials 16,67 G | Russ. Bkn. 199,15 bz |

## Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Divid. pro | 1877 | 1878 | | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht | ½ | — | 4 | 16,30 bzG |
| Berg.-Märkische | 3⅓ | — | 4 | 77,70 bz |
| Berlin-Anhalt | 5¾ | — | 4 | 88,25 bz |
| Berlin-Dresden | 0 | — | 4 | 8,10 bzG |
| Berlin-Görlitz | 0 | 0 | 4 | 15,80 bzG |
| Berlin-Hamburg | 11½ | — | 4 | 179,10 bzB |
| Berl.-Potsd-Magdb | 3½ | — | 4 | 79,75 bzG |
| Berlin-Stettin | 7 1/10 | — | 4 | 97,50 bz |
| Böhm. Westbahn | 5 | 5 | 5 | 73,20 G |
| Bresl.-Freib. | 2½ | — | 4 | 65,50 bz |
| Cöln-Minden | 5 1/20 | — | 4 | 105,25 bz |
| Dux-Bodenbach.B. | 0 | 0 | 4 | 20,75 bzG |
| Gal. Carl-Ludw.-B. | 9 2/7 | — | 4 | 97,25 bzB |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | — | 4 | 15,90 bz |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 4 | 14,20 bzG |
| Kaschau-Oderberg | 4 | 4 | 5 | 45,00 bzG |
| Kronpr. Rudolfb. | 5 | 5 | 5 | 51,90 bzG |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9 | 4 | 181,75 bz |
| Märk.-Posener | 0 | 0 | 4 | 22,00 bzG |
| Magdeb.-Halberst. | 8 | — | 4 | 126,50 bzG |
| Mainz-Ludwigsh. | 5 | — | 4 | 67,60 bz |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 96,75 G |
| Oberschl. A.C.D.E. | 8½ | — | 3½ | 124,75 bzG |
| do. B. | 8½ | — | 3½ | — — |
| Oesterr.-Fr. St.-B. | 6 | — | 4 | 427,00-8,50 |
| Oest. Nordwestb. | 4,15 | — | 5 | 251,00 bz |
| Oest.Südb.(Lomb.) | 0 | 0 | 4 | 114,50-14 |
| Ostpreuss. Südb. | 0 | 0 | 4 | 43,25 bz |
| Rechte-O.-U.-B. | 6⅓ | — | 4 | 109,00 bz |
| Reichenberg-Pard. | 4 | 4 | 4½ | 36,60 bz |
| Rheinische | 7 | — | 4 | 107,30 bz |
| do. Lit.B. (4% gar.) | 4 | 4 | 4 | 94,25 bzG |
| Rhein-Nahe-Bahn | 0 | 0 | 4 | 9,00 bz |
| Rumän. Eisenbahn | 2 | — | 4 | 29,40 bzB |
| Schweiz Westbahn | 0 | 0 | 4 | 15,75 G |
| Stargard-Posener | 4½ | 4½ | 4½ | 101,10 bz |
| Thüringer Lit. A. | 7½ | — | 4 | 115,50 bz |
| Warschau-Wien | 5 | — | 4 | 171,00 G |

## Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berlin-Dresden | 0 | — | 5 | 19,30 bzG |
| Berlin-Görlitzer | 0 | 0 | 5 | 38,50 bzG |
| Breslau-Warschau | 0 | 0 | 5 | 30,25 bzG |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 5 | 45,80 bzG |
| Hannover-Altenb. | 0 | 0 | 5 | 28,75 bzG |
| Kohlfurt-Falkenb. | 0 | 0 | 5 | 18,25 G |
| Märkisch-Posener | 4½ | — | 5 | 89,00 bzG |
| Magdeb.-Halberst. | 3½ | 3½ | 3½ | 78,50 bzG |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 5 | 108,00 bzG |
| Ostpr. Südbahn | 5 | 5 | 5 | 89,75 bzG |
| Rechte-O.-U.-E. | 6⅛ | — | 5 | 113,60 bzG |
| Rumänier | 8 | 8 | 8 | 83,90 bzG |
| Saal-Bahn | 0 | 0 | 5 | 18,25 bzG |
| Weimar-Gera | 0 | 0 | 5 | 16,50 bzG |

## Bank-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Alg.Deut.Hand.-G. | 2 | 2 | 4 | 27,00 G |
| Anglo DeutscheBk. | 0 | — | 4 | — — |
| Berl. Kassen-Ver. | 8 4/15 | 8 9/10 | 4 | 146,00 G |
| Berl. Handels-Ges. | 0 | 0 | 4 | 57,25 bz |
| Brl. Prd.-u.Hdls.-B. | 6 | — | 4 | 66,50 G |
| Braunschw. Bank. | 3 | — | 4 | 86,10 bzG |
| Bresl. Disc.-Bank. | 3 | — | 4 | 67,00 G |
| Bresl. Wechslerb. | 5⅓ | — | 4 | 74,25 G |
| Coburg. Cred.-Bnk. | 5 | — | 4 | 68,00 B |
| Danziger Priv.-Bk. | 0 | 5⅕ | 4 | 104,25 G |
| Darmst. Creditbk. | 6¾ | — | 4 | 118,00 bzG |
| Darmst. Zettelbk. | 5¾ | 5¼ | 4 | 100,00 bzG |
| Deutsche Bank | 6 | — | 4 | 101,30 bzG |
| do. Reichsbank | 6,29 | — | 4½ | 152,70 bz |
| do. Hyp.-B. Berlin | 7½ | — | 4 | 83,50 bzG |
| Disc.-Comm.-Anth. | 5 | — | 4 | 132,00 bz |
| do. ult. | 5 | — | 4 | 132,25-31,50 |
| Genossensch.-Bnk. | 5½ | — | 4 | 90,00 G |
| do. junge | 5½ | — | 4 | 96,00 G |
| Goth. Grundcredb. | 8 | 6 | 4 | 86,50 bzG |
| do. junge | 8 | 6 | 4 | 89,50 bzG |
| Hamb. Vereins-B. | 10⅝ | 7¾ | 4 | 121,50 G |
| Hannov. Bank | 6 | 5½ | 4 | 102,20 bzG |
| Königsb. Ver.-Bnk. | 6 | 6 | 4 | 82,40 B |
| Ldw.-B. Kwilecki. | 0 | — | 4 | 52 G |
| Leipz. Cred.-Anst. | 5⅔ | 6⅔ | 4 | 119,60 bzG |
| Luxemburg. Bank | 6½ | — | 4 | 108,50 G |
| Magdeburger do. | 5 9/10 | 6 3/10 | 4 | 108 G |
| Meininger do. | 2 | — | 4 | 73,50 bzG |
| Nordd. Bank | 8½ | 8⅕ | 4 | 138,50 G |
| Nordd. Grundcr.-B. | 5 | — | 4 | 50,00 B |
| Oberlausitzer Bk. | 3 | 4 | 4 | 67,75 G |
| Oest. Cred.-Actien | 8⅛ | — | 4 | 445-19-19½ |
| Posener Pro.-Bank | 6½ | 4 | 4 | 102,25 G |
| Pr.Bod.-Cr.-Act.-B. | 8 | — | 4 | 74,00 bzG |
| Pr. Cent.-Bod.-Crd. | 9½ | — | 4 | 116,25 G |
| Sächs. Bank | 5¾ | 5¾ | 4 | 104,00 bzG |
| Schl. Bank-Verein | 5 | — | 4 | 80,00 G |
| Weimar. Bank | 0 | — | 4 | 83,00 bz |
| Wiener Unionsbk. | 3½ | — | 4 | 127 G |

In Liquidation.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berliner Bank | — | — | fr. | 4,00 G |
| Berl. Bankverein | — | — | fr. | 27 G |
| Berl. Wechsler-B. | — | — | fr. | — — |
| Centralb. f. Genos. | — | — | fr. | — — |
| Deutsche Unionsb. | — | — | fr. | 21,50 G |
| Gwb. Schuster u. C. | — | — | fr. | — — |
| Moldauer Lds.-Bk. | — | — | fr. | — — |
| Ostdeutsche Bank | — | — | fr. | — — |
| Pr. Credit-Anstalt | — | — | fr. | — — |
| Sächs. Cred.-Bank | — | — | fr. | 107,25 G |
| Schl. Vereinsbank | — | — | fr. | 63,25 B |
| Thüringer Bank | 0 | — | fr. | 73,50 bzG |

## Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl.Eisenb.-Bd-A. | — | — | fr. | — — |
| D. Eisenbahnb.-G. | 0 | — | 4 | 7,30 bzG |
| do. Reichs-u.Co.-B. | 0 | — | 4 | 72,25 bz |
| Märk.Sch.Masch.G | 0 | — | 4 | 24,80 bzG |
| Nordd. Gummifab. | 4 | — | 4 | 48,50 G |
| Westend. Com.-G. | — | — | fr. | 0,45 G |
| Pr. Hyp.-Vers.-Act. | 8 | — | 4 | 83,00 G |
| Schles. Feuervers. | 25 | — | fr. | 875 B |
| Donnersmarkhütt. | 3 | — | 4 | 25,50 bz |
| Dortm. Union | 0 | — | 4 | 5,60 bzG |
| do. abgest. | 0 | — | 4 | — — |
| Königs- u. Laurah. | 2 | — | 4 | 66,40 bzG |
| Lauchhammer | 0 | — | 4 | 25,00 bzG |
| Marienhütte | 3 | — | 4 | 42,50 bzB |
| Cons. Redenhütte | — | — | 4 | 63 B |
| Schl. Kohlenwerke | 0 | — | 4 | 9,00 bzG |
| Schl.Zinkh.-Actien | 6½ | — | 4 | 78,25 bzG |
| do. St.-Pr.-Act. | 6½ | — | 4 | 89,50 bz |
| Tarnowitz. Bergb. | 0 | — | 4½ | 41,50 G |
| Vorwärtshütte | 0 | — | 4 | 5,00 B |
| Baltischer Lloyd | — | — | 4 | 5,00 G |
| Bresl. Bierbrauer. | 0 | — | fr. | — — |
| Bresl. E.-Wagenb. | 1 | — | 4 | 58,60 bzG |
| do. ver. Oelfabr. | 5 | — | 4 | 51,00 G |
| Erdm. Spinnerei | 0 | — | 4 | 17,05 bzG |
| Görlitz. Eisenb.-B. | 4 | — | 4 | 62,00 G |
| Hoffm.'s Wag.Fabr. | 0 | — | 4 | 22,50 G |
| O.-Schl. Eisenb.-B. | 0 | — | 4 | 30,75 bzG |
| Schl. Leinenind. | 4 | — | 4 | 65,50 G |
| do. Porzellan | 1½ | — | 4 | 27,00 G |
| Wilhelmsh. MA. | 0 | — | 4 | 18,50 bz |

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

## Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| März 1., 2. | Nachm. 2 U. | Abends 10 U. | Morgens 6 U. |
|---|---|---|---|
| Luftwärme | — 0°,7 | — 1°,9 | — 0°,1 |
| Luftdruck bei 0° | 330''',93 | 331''',11 | 330''',34 |
| Dunstdruck | 1''',28 | 1''',59 | 1''',98 |
| Dunstsättigung | 75 pCt. | 95 pCt. | 100 pCt. |
| Wind | W. 1. | SW. 1. | NW. 2. |
| Wetter | trübe. | Schnee. | Schnee. |

# Aufruf!

Der Rückgang, welchen die deutschen Erwerbs- und Wirthschafts-Verhältnisse seit Jahren in stetiger Zunahme erleiden, die Arbeitsstockung in Gewerbe und Industrie, das Darniederliegen des Handels und Verkehrs, die Einbußen der Land- und Forstwirthschaft haben den Wohlstand aller Schichten unserer Bevölkerung im höchsten Maße untergraben.

Nirgends treten diese Mißverhältnisse in so erschreckender Gestalt auf, als in dem Bezirk der Bergwerks- und Hütten-Industrie Oberschlesiens, welchem — eingeengt nach drei Seiten von zwei großen fremden Reichen mit außergewöhnlich hohen Einfuhrzöllen — das natürliche Absatzgebiet zum größten Theil verschlossen ist. — Der durch seine unterirdischen Schätze hervorragendste Theil des Regierungsbezirks Oppeln verfällt in seiner sonst glücklichen und zufriedenen Arbeiterbevölkerung mehr und mehr der Verarmung, und diese verpflanzt sich in immer weitere Kreise, die Existenz der Communen und die öffentliche Sicherheit in der bedenklichsten Weise gefährdend.

Alle diese traurigen Erscheinungen müssen zurückgeführt werden auf die Einführung des einseitigen und darum doppelt verkehrten Systems des Freihandels, welches vom Jahre 1873 ab die wegen ihrer Rückwirkungen auf den Bergbau, die Land- und Forstwirthschaft und auf alle Gewerbethätigkeit am meisten dominirende Eisenindustrie dem Ruin nahe gebracht hat.

Kein Landesgebiet hat daher in so hervorragendem Grade Veranlassung, wie Oberschlesien, dem Reichskanzler Fürsten Bismarck Dank zu sagen für die wahrhaft patriotische That, welche in dem Schreiben vom 15. December vorigen Jahres durch die klare Anerkennung der nothwendigen Umkehr auf wirthschaftlichem Gebiet den beredtesten Ausdruck gefunden, und welche von unserem erhabenen Kaiser durch die Anerkennung

„der Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Production insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesammtinteressen verträglich ist",

die allerhöchste Sanction erhalten hat.

Da kaum ein Theil unserer Bevölkerung verschont geblieben ist von den traurigen Folgen des Niedergangs alles wirthschaftlichen Lebens, so laden wir jetzt auch alle unsere Mitbürger des Regierungsbezirks Oppeln ein, in einer großen oberschlesischen Versammlung [784]

**am Mittwoch, den 5. März d. J., Vorm. 10 Uhr,**
**im Form'schen Saale zu Oppeln,**

jenen Dank öffentlich auszusprechen.

Gleichzeitig soll die Bitte angeschlossen werden, den Ursprung aller Leiden unseres Landstrichs zu verschließen durch die sofortige Wiedereinführung der durch die Enquete als unbedingt erforderlich nachgewiesenen Eisenzölle.

Wir vertrauen dabei auf den deutschen Patriotismus wie auf die Liebe zu unserer engeren Heimathsprovinz und glauben auf die zahlreichste Betheiligung aller wahren Vaterlandsfreunde rechnen zu dürfen.

**Graf Pückler-Schedlau,** Vorsitzender des Landwirthschaftlichen Gesammtvereins für Oberschlesien.
**Küper,** Bürgermeister und Vorsitzender des Oberschlesischen Städtetages.
**Schimmelfennig,** Vorsitzender des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins.

**Altschaffel**, Bürgermeister, Grottkau. **Graf von Arco**, Landes-Aeltester, Groß-Gorzütz. **v. Aulock**, Rittergutsbesitzer, Kochczytz. **Graf von Ballestrem**, Rittmeister a. D., Breslau. **Barnewitz**, Berg- und Hütten-Director, Donnersmarckhütte. **Bartsch**, Bürgermeister, Cosel. **Graf von Bethusy-Huc**, Landesältester, Bankau. **Bieler**, Oekonomierath, Salesche. **Block**, Amtsvorsteher, Staude. **Brätsch**, General-Bevollmächtiger, Borsigwerk. **Brockmann**, Kammerrath, Ratibor. **Czichon**, Bürgermeister, Rosenberg. **v. Debschitz**, Landesältester, Koschpendorf. **Deloch**, Geistlicher Rath und Stadtpfarrer, Königshütte. **L. Deloch**, Rittergutsbesitzer, Dobersdorf. **v. Dittrich**, Landschafts-Director, Czienskowitz. **Edler**, Pfarrer, Bujakow. **v. Euen**, Bürgermeister, Zülz. **W. Fitzner**, Fabrikbesitzer, Laurahütte. **Frantz**, Kreisgerichtsrath, Myslowitz. **Frank**, Bürgermeister, Schurgast. **Graf Fred von Frankenberg**, Tillowitz. **S. Freund**, Kaufmann, Kattowitz. Dr. **Friedländer**, Commercienrath, Beuthen OS. **Fuchs**, Bürgermeister, Rybnik. **Gabriel**, Landesältester, Markersdorf. Dr. **Geisenheimer**, Bergschuldirector, Tarnowitz. **Gemander**, Rittergutsbesitzer, Schomberg. **Giller**, Rechtsanwalt, Nicolai. **Girndt**, Bürgermeister, Königshütte. **Götz**, Bürgermeister, Oppeln. **Griemberg**, Bürgermeister, Pitschen. **Guericke**, Bürgermeister, Tarnowitz. **Guradze**, Oekonomierath, Tost. **W. Hegenscheidt**, Commercienrath, Gleiwitz. **Heinisch**, Bürgermeister, Friedland OS. **Graf Guido Henckel von Donnersmarck**, Erb-Ober-Land-Mundschenk, Neudeck. **Hertel**, Bürgermeister, Falkenberg. **Hirschberg**, Bürgermeister, Tost. **Hoffmann**, Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins, Naclo. **Hoffmann**, Grubendirector, Rybnik. **Höfer**, Bürgermeister, Pleß. **Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen**, Klein-Droniowitz. **Prinz Friedrich Wilhelm zu Hohenlohe-Ingelfingen**, Koschentin. **S. Huldschinski**, Fabrikbesitzer, Gleiwitz. **Innerling**, Hüttendirector, Friedenshütte. **Junghann**, Berg- u. Hüttendirector, Königshütte. **Jüttner**, Hüttendirector, Laurahütte. **H. Kern**, Fabrikbesitzer, Gleiwitz. **Klewitz**, Domainenrath, Slawenzitz. **Kodron**, Bürgermeister, Krappitz. **Kohlsdorfer**, Schuhmachermeister, Beuthen OS. **W. Kollmann**, Hüttendirector, Bismarckhütte. **G. Krebl**, Hüttendirector, Friedenshütte. **Lorenz**, Bürgermeister, Hultschin. **Lucke**, Hüttendirector, Tarnowitz. **Maiß**, Kreisgerichsrath, Ratibor. **Maiß**, Bürgermeister, Katscher. **Majorke**, Bürgermeister, Guttentag. **Mamroth**, Hüttenbesitzer, Rybnik. Dr. med. **Mannheimer**, Beuthen OS. **J. Martin**, Fabrikbesitzer, Schwientochlowitz. **v. Maubeuge**, Landesältester, Langendorf. **Mauve**, Bergrath und Generaldirector, Kattowitz. **Mazura**, Gutspächter, Wyrow. **Menzel**, Bergw.- und Hüttendirector, Antonienhütte. **Müller**, Rittergutsbesitzer, Stanowitz. **Müller**, Geistlicher Rath, Pleß. **Müller**, Bürgermeister, Creuzburg. **Müller**, Bürgermeister, Patschkau. **Miltschek**, Bürgermeister, Kieferstädtel. **Graf Nayhaus-Cormons**, Landesältester, Landtags- und Reichstagsabgeordneter. **Hans Heinrich Fürst von Pleß**, Pleß. **Graf von Posadowski-Wehner**, Groß-Paniow. **Herzog von Ratibor, Fürst zu Corway**, Rauden. **Reimann**, Director, Kujau. **Freiherr von Reißwitz**, Landesältester, Wendrin. **Freiherr v. Reitzenstein**, Rittergutsbesitzer, Pawlowitz. **v. Rosenthal**, Landesältester, Brynnek. **Rüpell**, Bürgermeister, Kattowitz. **v. Ruffer**, Geh. Commerzienrath, Rudzinitz. **Rund**, Schneidermeister, Kattowitz. **Sachse**, Bergwerksdirector, Orzesche. **Alexander v. Schalscha**, Reichstagsabgeordneter. **Graf Hans Ulrich Schaffgotsch**, Breslau. **Scherbening**, Bergrath und Generaldirector, Lipine. **Schmula**, Hüttenbesitzer, Nicolai. **Schmidt**, Rittergutsbesitzer, Polnisch-Jamke. **Schnackenberg**, Director, Ornontowitz. **Schramm**, Bürgermeister, Ratibor. **Schweitzer**, Vorsitzender des Gewerbevereins, Beuthen OS. **A. Schönawa**, Hüttenbesitzer, Ratiborhammer. **Schubert**, Bürgermeister, Landsberg OS. **Schrader**, Generaldirector, Redenhütte. **Seidel**, Gutsbesitzer, Sarnau. **Seidel**, Bürgermeister, Bauerwitz. **Seibert**, Bürgermeister, Lublinitz. **v. Selchow**, Geh. Regierungs-Rath, Rudnik. **E. Siegheim**, Kaufmann, Beuthen OS. **G. Siwinna**, Buchhändler, Kattowitz. **Sklarzik**, Bürgermeister, Myslowitz. **Sorauer**, Bankdirector, Beuthen OS. **Sommer**, Rechtsanwalt, Grottkau. **Spiller**, Gutsbesitzer, Leisnitz. **Stephan**, Bürgermeister, Leobschütz. **Graf v. Scherr-Thoß**, Kgl. Kammerherr, Dobrau. **Settegast**, Geh. Rath, Proskau. **Graf v. Sierstorpff**, Major a. D., Köppernig. **v. Stockmans**, Rittergutsbesitzer, Broslawitz. **v. Studnitz**, Rittergutsbesitzer, Schönwald. Dr. **Szmula**, Sanitätsrath, Zabrze. **Thielmann**, Bürgermeister, Leschnitz. **Troschke**, Oekonomie-Commissions-Rath, Leobschütz. **Tschauner**, Bürgermeister, Ujest. **Freiherr v. Tschirschky-Reichell**, Groß-Strehlitz. Dr. **Uelsmann**, Vorsitzender des Gewerbevereins, Königshütte. **Vüllers**, Generaldirector, Ruda. **S. Wachsmann**, Fabrikbesitzer, Siemianowitz. **Warmuth**, Fabrikdirector, Tschauschwitz. **Weber**, Bürgermeister, Ziegenhals. **Weigelt**, Generaldirector, Schloß Pleß. Dr. **Wenzel**, Gymnasialdirector, Oppeln. **v. Witowski**, Königl. Kammerherr, Mokrau. **Wicke**, Bürgermeister, Ottmachau. **v. Zawadzky**, Rittergutsbesitzer, Groß-Kalinow. **Zedlitz**, Bürgermeister, Constadt.



Heut Nachmittag 3¾ Uhr entschlief nach langen, schweren Leiden unsere innig geliebte, gute Mutter,

**Frau Mathilde Wentzel, geb. Hausfelder,**

unserem vor einem Jahre im Tode vorangegangenen Vater nachfolgend, im 71. Lebensjahre. Dies zeigen im tiefsten Schmerz, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an [3325]

**Adolf Wentzel.**
**Bruno Wentzel.**
**Gregor Wentzel.**
**Manfred Wentzel.**
**Valesca Wentzel.**

Breslau, den 1. März 1879.

Die Beerdigung findet Dinstag, den 4. c., Nachmittag 3 Uhr, auf dem St. Adalbert-Kirchhof bei Oswitz statt.
Trauerhaus: Albrechtsstrasse 3.

## Stadt-Theater.

Montag, den 3. März. **1. Vorstellung im Bons-Abonnement.** Zum 3. Male (mit neuer Ausstattung): **„Turandot, Prinzessin von China."** Tragi-komisches Märchen in 5 Aufzügen, nach Gozzi von Friedrich von Schiller. (Die zur Handlung gehörige Musik von Carl Maria von Weber.)

## Lobe-Theater. [3262]

Montag, den 3. März. Benefiz für Herrn Adolph L'Arronge. Zum 33. Male: **„Dr. Klaus."** Lustspiel in 5 Acten von A. L'Arronge.




Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.